

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Zeitung erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Zeitungen Die Neue Welt, Ernst Birnbaum, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Baumann & Co., Magdeburg. Gesamthöhe: Dr. Wängler, 3. Bernstr. 1567. Redaktion und Druckerei: Dr. Wängler, 3. Bernstr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961. Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangirung) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 8 Pf. Der Einzelheft in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Postämtern vierteljährlich 3 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.20 zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern: 2 Pf. Sonntags- und diese Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die jeweils beauftragte Zeitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtzeit 50 Pf. — Postzeitungsliste Seite 406

Dr. 255.

Magdeburg, Freitag den 30. Oktober 1908.

19. Jahrgang.

Auf zu den Stadtverordnetenwahlen!

Sozialdemokratie und Stadtparlament.

Was will die Sozialdemokratie im Stadtparlament? Die Antwort auf diese Frage kann leicht geben, wer die Ziele der Sozialdemokratie kennt. Das Ziel der Sozialdemokratie ist die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische Gesellschaft, die Ueberführung aller Produktionsmittel in Gemeineigentum. Die kapitalistische Produktionsweise ist die Ursache aller sozialen Schäden und Ungerechtigkeiten. Diese zu beseitigen, ist das Streben der Sozialdemokratie. Ihre tiefere Kenntnis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge lehrt sie, daß sie ihr Streben nur verwirklichen kann durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise. An dieser Beseitigung unablässig zu arbeiten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, und einen Teil dieser Aufgabe erfüllt sie durch ihre Tätigkeit in den städtischen Parlamenten. Freilich möchte es manches Mal scheinen, als ob es Sisyphusarbeit sei, die dort getan wird, als ob es sich nicht lohne, um der verhältnismäßig kleinen Erfolge willen die immerhin nicht geringe Arbeit zu leisten. Dem ist jedoch nicht so. Einmal wird schon durch die bloße Gegenwart der Sozialdemokratie verhindert, daß die reaktionären Mächte sich allzu ungehörig tummeln, und dann auch wird durch das, was sie im Interesse der breiten Masse der Bevölkerung durchzusetzen vermag, deren gegenwärtige ökonomische und soziale Lage verbessert und sie dadurch in den Stand gesetzt, den großen Kampf um das Endziel besser aufnehmen zu können. Und betrachtet man erst das Erreichte vom Standpunkte des Gegenwartspolitikers, dann muß man erst recht zugeben, daß es nicht zu unterschätzen ist.

Die prinzipielle Auffassung ihrer Tätigkeit in den Stadtparlamenten hat der Sozialdemokratie schon manche Schwierigkeiten bereitet. Anregungen von ihrer Seite wurden oft genug von den Bürgerlichen verworfen nicht aus guten sachlichen Gründen heraus, sondern weil sie die Befürchtung hegten, daß damit ein weiterer Schritt zum „Zukunftstaat“ getan werden könnte. Glücklicherweise kommt der Sozialdemokratie die Entwicklung zu Hilfe, der sich auf die Dauer auch der verbissenste Sozialistenhasser nicht entgegenstemmen vermag. Die wirtschaftlichen Mächte zwingen auch die Stadtverwaltungen immer mehr ihre Tätigkeit von sozialen Gesichtspunkten aufzufassen. So können wir denn das erfreuliche Faktum konstatieren, daß sozialdemokratische Anträge, die erst mit überwältigender Majorität abgelehnt wurden, früher oder später doch „Gnade“ in den Augen der Bürgerlichen fanden und in die Tat umgesetzt wurden. Gegen die zwingende Macht der Gründe, die dafür ins Feld geführt wurden, ließ sich beim besten Willen nicht aufkommen.

Die grundsätzliche Stellung, die die Sozialdemokratie auf Grund ihres Programms zu allen Fragen des kommunalen Lebens nehmen kann, behütet sie davor, einseitige Interessenpolitik zu treiben, sehr im Gegensatz zu den bürgerlichen Kommunalpolitikern, die oft genug nicht über ihre Nasenspitze hinwegzusehen vermögen und Kirchturmpolitik treiben, wenn sie nicht gar — was ebenso oft vorkommt — ganz bewußterweise die Interessen irgendeiner kleinen, ihnen nahestehenden Gruppe zu fördern trachten und dabei das Allgemeinwohl völlig außer acht lassen. Der Standpunkt der Sozialdemokratie ist dagegen immer von der Rücksicht auf das Gemeinwohl diktiert; er muß es sein, weil die Partei sonst ihre obersten Grundsätze verleugnen würde. Wollten ihre Vertreter anders handeln, so würden sie damit aufhören, Sozialdemokraten zu sein. Daß die bürgerlichen Kommunalpolitiker so oft nur die besonderen Interessen ihrer Klasse oder einer ihnen nahestehenden Sondergruppe vertreten, hat einmal seinen Grund darin, daß sie von den Machtbefugnissen, die ihnen zurzeit noch eigen sind und ihren Geldbeutel schützen, nichts opfern wollen, und zum andern darin, daß sie keine großen weitausschauenden Pläne haben und infolgedessen nicht weiter als von heute auf morgen zu sehen vermögen.

Nach alledem ist es nicht weiter verwunderlich, daß alle großzügigen Anregungen der Sozialdemokratie in den Stadtparlamenten, sei es nun auf dem Gebiete des Wohnungswesens, des Verkehrswesens, der Volkshygiene, der kommunalen Arbeiterpolitik usw. auf den heftigsten Widerstand stoßen. Besonders heftig werden alle Anträge bekämpft, die darauf hinauslaufen, irgendwelche Betriebe,

Straßenbahnen oder dergl. in städtische Regie zu übernehmen, weil das als der Anfang der Vergeßlichkeit der Produktion angesehen wird. Aber aller Widerstand wird die Sozialdemokratie nicht hindern, immer und immer wieder ihre Forderungen geltend zu machen, immer und immer wieder ihre Stimme für die Interessen der Allgemeinheit zu erheben. Ueberaus vielfältig sind die Aufgaben, die eine Gemeindeverwaltung zu erledigen hat und so sehr ihr auch die Flügel beschnitten sind dadurch, daß das vielgerühmte Selbstverwaltungsrecht so überaus beschränkt ist, so segensreich kann sie doch wirken, wenn in ihr große und ernste Grundzüge zur Geltung kommen. Diese hineinzutragen ist Sache der Sozialdemokratie, und ihr die Möglichkeit dazu zu geben, ist Sache der Wähler!

Mit dem 19. November d. J. jährt sich zum hundertstenmal der Tag, an dem den Städten das sogenannte Selbstverwaltungsrecht gegeben wurde. Dies Jubiläum fällt also zeitlich ungefähr zusammen mit den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen. Sie sind darum auch gleich eine willkommene Gelegenheit, für eine völlige Selbstverwaltung der Gemeinden, wie sie die Sozialdemokratie will, durch eine sozialdemokratische Stimmabgabe zu demonstrieren. Die Jubiläumswahlen müssen zu einem gloriosen Siege des freiheitlichen Gedankens und zu einem machtvollen Protest gegen alle Beschränkung und Unterdrückung werden!

Jubiläumswahlen — sozialdemokratische Wahlen!

Das sozialdemokratische Kommunalprogramm.

Auf dem Parteitag in Halle im Jahre 1890 sprach Benno Bebel die Worte: „Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie tätig sind und sie nicht nur auf den Zukunftsstaat verweisen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird. Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit dies auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung möglich ist, zu heben und zu verbessern. Auf diesem Standpunkt haben wir stets gestanden, auf ihm müssen wir ferner stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen wollen.“ Diesen Anschauungen getreu hat die Sozialdemokratie ihrem allgemeinen Programm neben dem theoretischen Einleitungsausschließlich praktische Forderungen, die schon im Gegenwartstaat verwirklicht werden können. Das Programm lautet:

„Die Gemeinde im heutigen Staat ist ein Verwaltungskörper, der den sozialen Bedürfnissen einer an die begrenzte Lokalität gebundenen Bevölkerung dient; sie ist zugleich Hilfsorgan der staatlichen Verwaltung. In beiden Eigenschaften unterliegt sie den aus der Klassenorganisation unserer Gesellschafts- und Staatslebens mit Notwendigkeit entspringenden Bestrebungen, ihre Verwaltungstätigkeit im Interesse der herrschenden Klassen und für deren Herrschaftszwecke auszuüben. Nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft kann daher die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungstätigkeit freigemacht werden, welche die Wohlfahrt aller gleichermaßen fördert.“

Der Umfang der kommunalen Verwaltungstätigkeit wird einerseits durch die Bedürfnisse bestimmt, welche das soziale Zusammenleben der Gemeindeangehörigen innerhalb der Gemeinde und im Rahmen der größeren Verwaltungskörper erzeugt, andererseits durch ihre lokale Gebundenheit beschränkt. Im Gegensatz zu der heutigen im Dienste der herrschenden Klassen geschaffenen Verfassung und von ihren Interessen beherrschten Verwaltung der Gemeinde verlangt die Sozialdemokratie die Umgestaltung des kommunalen Verfassungs- und Verwaltungswesens nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Verwaltung der Gemeinde soll nur dem Gesetz und der Gerichten unterworfen sein. Daraus folgt:

a) Bildung des Wahlkörpers nach den Grundsätzen der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Besitzprivilegien; Einkammerregiment; Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen.

b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungeleglicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung ihrer Befugnisse durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

2. Das Gemeindesteuerwesen ist in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln.

Die Deckung des kommunalen Bedarfs soll erfolgen durch:

a) Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Begebaus, b) Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern auszubilden. c) Besteuerung des unerbauten Wertzuwachses an Grund und Boden.

3. Für die kommunale Verwaltung sind folgende Grundzüge maßgebend:

a) Die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben notwendigen Anstalten soll durch die Gemeinden selbst erfolgen. Das gilt besonders für die Betriebe, die die Benutzung kommunaler Verkehrsanstalten zur Voraussetzung haben und durch ihre Natur zu monopolistischer Ausbeutung neigen (Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, Straßenbahnen usw.), sowie für die Einrichtungen des Volksgesundheitswesens (Reinigungswesen, der Ernährung, Förderung der Körperpflege, Bekämpfung der Krankheiten, Bestattungswesen), der Volksbildung (Bibliotheken, Leshallen usw.), des Wohnungswesens.

b) Das Prinzip der Unentgeltlichkeit der Benutzung ist bei allen Instituten des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens durchzuführen. Im übrigen soll die Art und Höhe der Gebühren der Leistungsfähigkeit der die kommunalen Einrichtungen benutzenden Volksklassen angepaßt sein.

4. Auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik sind folgende Forderungen an die Gemeinden zu richten:

a) Einrichtung von Arbeitsämtern als Zentralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeitsvermittlung, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftserteilung und der Überwachung der sozialpolitischen Gebarung der Gemeindeverwaltung; Einfügung der sogenannten Lohnklausel in die Arbeits- und Lieferungsverträge der Gemeinden sowie der von ihnen konzessionierten Privatunternehmungen und Ablehnung der Streik Klausel; strenge Maßregeln, um bei Vergebung und Abnahme von Gemeindearbeiten und -lieferungen allen Schädigungen vorzubeugen, die den Gemeindeinteressen von den Bewerbern insbesondere durch die Ausübung einer offiziellen Stellung in der Gemeindevertretung zugefügt werden könnten.

b) Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeitsbedingungen und Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftsätzen; Bildung von Wohnstätten und Wohnstellen nach Dienstzeitdauer; Achtstundentag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindearbeiter.

c) Volle Koalitionsfreiheit für städtische Arbeiter und Beamte. Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Gemeindevertreter auf, ihre kommunale Tätigkeit im Rahmen dieser Grundzüge auszuüben.

Sobald die Durchführung der vorstehenden Forderungen durch die mangelnde Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden in Frage gestellt wird, empfiehlt sich die Schaffung von Gemeindeverbänden.

Dieses Programm ist die Richtschnur aller sozialdemokratischen Stadtverordneten; alle Kandidaten, die von der Sozialdemokratie für die bevorstehenden Wahlen aufgestellt werden, sind auf dieses Programm verpflichtet. Jeder, der es aufmerksam liest, wird finden, daß nicht besser die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht werden können. Mögen die Stadtverordneten-Wähler bei den Wahlen diesen eingedenk sein, daß die Programmforderungen um so eher verwirklicht werden können, je mehr Sozialdemokraten gewählt werden! —

Im Anschluß an die allgemeinen Darlegungen über die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Stadtparlamenten bringen wir im nachstehenden aus den Städten des Regierungsbezirks Magdeburg, in denen in diesem Herbst Neuwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung vorzunehmen sind, einige Uebersichten über die nächsten Aufgaben, die von den einzelnen Stadtgemeinden zu erfüllen sind.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 255.

Magdeburg, Freitag den 30. Oktober 1908.

19. Jahrgang.

Eine politische Bombe.

Die Persönlichkeit des deutschen Kaisers steht leider abermals im Mittelpunkt einer politischen Sensationsaffäre, deren Entstehungsurachen sich vorläufig ebensowenig erkennen lassen, wie ihre Folgen absehbar sind. Ein englisches Blatt, der „Daily Telegraph“, veröffentlicht wörtlich den Inhalt einer sehr langen Unterredung, die Wilhelm 2. vor kurzem mit einem den Londoner Hofkreisen nahe stehenden englischen Diplomaten geführt hat.

In dieser Unterredung werden wichtige Staatsgeheimnisse in einer so offener Weise erörtert und Behauptungen von so überraschendem Inhalt aufgestellt, daß scharfe Entgegnungen von den verschiedensten Seiten nicht ausbleiben können. Die Frage, ob hier ein Vertrauensbruch vorliegt, zu dessen Verurteilung kein Wort kräftig genug wäre, oder ob der Vertrauensmann des Kaisers zu seinen Veröffentlichungen autorisiert war, verschwindet fast vollständig vor der Bedeutung der vollzogenen Tatsache, vor die sich die Welt gestellt sieht.

Und diese Tatsachen sind kurz folgende:

1. Der deutsche Kaiser hat dem ungenannten englischen Staatsmann erklärt, daß er, der Kaiser, im Gegensatz zur Mehrheit des deutschen Volkes ein aufrichtiger Freund Englands sei.

2. Der deutsche Kaiser hat erzählt, daß er im Dezember 1899 an seine Großmutter, die inzwischen verstorbene Königin von England, einen von ihm selber ausgearbeiteten, von seinem Generalstab begutachteten Feldzugsplan gegen die Buren gesendet habe, und daß dieser Plan zum großen Teil übereinstimmend mit dem von Lord Roberts wirklich durchgeführten Plane, der zur Niederlage der Buren führte.

3. Der deutsche Kaiser hat versichert, daß im Jahre 1899 Frankreich und Rußland an ihn herangetreten seien mit dem Vorschlag, England zur Beendigung des Krieges zu zwingen und es „bis in den Staub zu demütigen“, daß er aber die Ausführung dieses Planes verhindert habe.

4. Der deutsche Kaiser hat die Engländer aufgefordert, sich bereit zu halten, mit den vereinigten deutsch-britischen Kriegsschiffen gemeinsame Unternehmungen im Stillen Ozean gegen Japan und China zu verteidigen.

Damit ist der sensationelle Inhalt der Unterredung keineswegs erschöpft, aber diese vier Punkte genügen schon, um den kaiserlichen Sprecher in Gegensatz zu aller Welt zu stellen: zu seinem eignen Volke, zu England, zu Frankreich und Rußland, zu China und Japan.

Das deutsche Volk muß den allerentschiedensten Einspruch erheben gegen die vollkommen irrthümliche Behauptung, daß die Gesinnung seiner „mittlern und untern Schichten“ England nicht freundlich sei. Die sozialdemokratische Partei, die nahezu ein Drittel des deutschen Volkes, namentlich der „mittlern und untern Schichten“ vertritt, ist entschieden englandfreundlich gesinnt. In dieser Gesinnung steht sie aber keineswegs allein da, und zum mindesten kann nicht behauptet werden, daß alle noch außerhalb der Sozialdemokratie noch stehenden Volkselemente etwa entschiedene Englandfeinde wären. Wäre Wilhelm 2. nicht andauernd und systematisch falsch unterrichtet worden, so würde er seinem englischen Vertrauensmann gesagt haben, daß die wirklichen Gegner Englands in Deutschland eine ganz geringe Minderheit bilden. Die kaiserliche Auffassung, daß er mit seiner Freundschaft für England gleichsam immer gegen das eigne Volk zu kämpfen habe, kann nicht dazu beitragen, das Verhältnis zwischen den beiden Staaten zu verbessern.

Aber auch die Engländer selbst, deren Wohlwollen Wilhelm 2. zu gewinnen bestrebt ist, werden sich in ihrem nationalen Empfinden nicht angenehm berührt fühlen durch den Gedanken, der ihnen vom kaiserlichen Sprecher nahegelegt wird, daß sie nämlich die Rettung ihres Reiches aus schwerster Not der Strategie und der Diplomatie des deutschen Kaisers verdanken sollen. Die Geschichte Englands ist nicht arm an staatsmännischen und strategischen Talenten, und bisher hat jenseits des Kanals immer die Meinung gegolten, daß auch heute noch der Fonds von Tüchtigkeit, der in der Nation selbst vorhanden sei, vollkommen dazu ausreichte, um dem britischen Reiche seine Selbstständigkeit und Bedeutung zu gewährleisten. Dazu kommt, daß die ideale Teilnahme des deutschen Kaisers und des preussischen Generalstabs an der Kriegführung gegen die Buren in geradezu schmerzlichem Gegensatz zu dem Empfinden der Masse des deutschen Volkes steht und obendrein mit den Grundgesetzen der Neutralität nicht zu vereinbaren ist.

Denn gerade in jenem Augenblick stand die Stimmung des deutschen Volkes zwar nicht gegen das englische Volk, wohl aber gegen das imperialistische Regime Englands, das diesen traurigen Krieg verursacht und bald darauf vom englischen Volke selbst abgelehnt worden ist. So ist ja auch der verlorbene englische Ministerpräsident Campbell-Bannerman einer der entschiedensten Gegner des Burenkrieges gewesen, und dadurch hat er sich damals tiefe Sympathien in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes verschafft. Gätte die Deffentlichkeit vor 9 Jahren von einem Kriegsplan Wilhelms 2. gegen die Buren erfahren, so wäre es sicher zu scharfen Konflikten gekommen, und auch heute wird es vielen Kreisen gerade der bürgerlichen und

höchst loyalen Gesellschaftsklassen nicht leicht werden, sich mit einer solchen Tatsache abzufinden.

Daß die Mitteilung des Kaisers, Frankreich und Rußland hätten im Jahre 1899 seine Hilfe gesucht, um England „bis in den Staub zu demütigen“, gereizte Entgegnungen aus Paris und Petersburg zur Folge haben wird, ist ohne weiteres vorauszusetzen. Schließlich wird man sich auch in Japan, dessen Repräsentant Prinz Suni dieser Tage in Berlin mit dem Schwarzen Adlerorden bedacht wurde, nicht angenehm berührt fühlen durch das deutsche Angebot an England, mit diesem gemeinsam die Macht der Gelben im Stillen Ozean zu brechen. Allerdings ist zurzeit England nicht mit Deutschland gegen Japan verbündet, sondern es steht in einem Bündnisvertrag mit Japan...

Die Enthüllungen des „Daily Telegraph“ müssen wie eine Bombe auf die Deffentlichkeit der ganzen Welt wirken, und die Folgen werden sich auch erst übersehen lassen, wenn sich Staub und Rauch der Explosion verzogen haben. Die Betroffenen, zu denen leider in erster Linie das Deutsche Reich zu zählen ist, vermögen sich vor Ueberraschung im Augenblick noch nicht zu fassen. Deito stärker werden sie später die Wunden fühlen, die ihnen mit dieser Veröffentlichung geschlagen worden sind.

Die Füllung.

Bei der immensen politischen Wirkung, die diese Offenherzigkeiten des deutschen Kaisers auf den Gang der auswärtigen Politik ausüben werden, schulden wir unsern Lesern die entscheidenden Sätze der Unterhaltung, also gleichsam die Füllung der Bombe. In einer Uebersetzung der streng loyalen und stets servilen Scherzpresse, die mit dem Auswärtigen Amte in täglicher Hintertreppenverbindung steht, lauten die Ausführungen wie folgt:

Ihr Engländer seid verdreht wie Märzhasen. Was ist denn über Euch gekommen, daß Ihr Euch einem einer großen Nation so unwürdigen Mißtrauen so widerstandslos überlaßt? Was kann ich mehr tun, als ich schon getan habe? Mit allem mir zu Gebote stehenden Nachdruck habe ich in meiner Londoner Guildhall-Rede erklärt, daß mein Sinn auf den Frieden gerichtet ist, und daß ein gutes Einvernehmen mit England zu meinen innigsten Wünschen gehört. Habe ich jemals mein Wort gebrochen? Falschheit ist meiner Natur völlig fremd. Meine Handlungen sprechen für sich selbst, aber antaht auf sie zu achten, hört Ihr auf diejenigen, welche sie falsch auslegen und verdrehen. Das ist eine persönliche Beleidigung, die ich schmerzlich empfinde. Ewig bekannt zu werden, meine wiederholten Freundschaftsanerbietungen mit mißtrauischen, eiferfüchtigen Augen abgewogen und durchgehelt zu sehen, ist eine harte Probe für meine Geduld. Immer wieder habe ich meine Freundschaft für England betont, Eure Presse aber oder wenigstens ein beträchtlicher Teil davon, weißt meine dargebotene Hand zurück und tut so, als hielte die andre einen Dolch. Wie kann ich eine Nation gegen ihren Willen überzeugen? Ich wiederhole, daß ich Englands Freund bin, aber Ihr macht mir die Sache schwer. Meine Aufgabe ist wirklich nicht leicht. Die in breiten Schichten der mittlern und untern Klassen meines eignen Volkes vorwaltende Gesinnung ist England nicht freundlich. Ich bin sozusagen in meinem eignen Lande in der Minderheit. Freilich ist es eine Minderheit der besten Elemente, ebenso wie es umgekehrt in England mit Bezug auf Deutschland der Fall ist.

Ich will mich jedoch nicht bloß auf meine Reden, sondern auch auf meine Handlungen berufen. Gewöhnlich wird angenommen, daß Deutschland während des südafrikanischen Krieges England feindlich gesinnt war. Die öffentliche Meinung war das zweifellos. Wie aber stand es mit der Reichsregierung? Meine Kritiker mögen sich fragen, was den plötzlichen Stillstand der europäischen Tour der Burengenerale verursachte, die eine Intervention herbeiführen wollten. Sie waren in Holland, in Frankreich lärmend gefeiert worden. Sie wünschten, nach Berlin zu kommen, wo das Volk sie mit Blumen betranken würde. Als sie jedoch von mir empfangen werden wollten, lehnte ich ab. Die Agitation hörte alsbald auf, und die Delegation kehrte mit leeren Händen heim. War das die Handlungsweise eines geheimen Feindes?

Als der Kampf auf dem Höhepunkt stand, wurde die Reichsregierung von Frankreich und Rußland eingeladen, gemeinsam England zur Beendigung des Krieges aufzufordern. Der Augenblick, sagten sie, sei da, nicht bloß die Republikaner zu retten, sondern England bis in den Staub zu demütigen. Ich antwortete: Deutschland werde nicht nur seine Hand nicht dazu leihen, auf England einen Druck auszuüben und dessen Sturz herbeiführen, sondern sich überhaupt abseits von jeder Politik halten, die Verbindungen mit England mit sich bringen könne. Die Nachwelt wird dereinst den Wortlaut der Depesche lesen, sie ruht im Schloßarchiv von Windsor, worin ich Englands Souveränität die Antwort mitteilte, die ich den auf Großbritanniens Fall bedachten Mächten hatte zuteil werden lassen. Engländer, die mich tranken, indem sie an meinen Worten zweifeln, können daraus ersehen, wie ich in Tagen englischer Not gehandelt habe.

Das war aber nicht alles. Während jener „Schwarzen Woche“, im Dezember 1899, empfing ich einen Brief der Königin Viktoria, der, in Sorge und Kummer verfaßt, deutliche Spuren der Nengigkeit aufwies, die damals auf ihr lasteten. Ich begnügte mich nicht mit einer teilnehmenden Antwort. Durch einen meiner Offiziere ließ ich mir einen möglichst genauen Bericht über die beiderseitige Gefechtsstärke und die Truppenstellungen in Südafrika vorlegen. Daraufhin arbeitete ich den unter den obwaltenden Umständen meiner Meinung nach für England besten Feldzugsplan aus, ließ ihn von meinem Generalstab begutachten und sandte ihn nach England, wo er in den Staatsarchiven ebenfalls des unparteiischen Urteils der Geschichte harret. Vorläufig kann ich erwähnen, daß mein Plan zum großen Teil mit demjenigen zusammenfiel, nach welchem dann Lord Roberts die englischen Waffen zum Siege geführt hat. Gätte so jemand gehandelt, der gegen England Vorges im Schilde führte?

Über, werden Sie sagen, liegt nicht in dem deutschen Flottenausbau eine Bedrohung für England. Meine Er-

widerung ist einfach. Deutschland ist ein junges, im Wachsen begriffenes Reich, es hat einen weltumspannenden Handel, dessen schnelle Ausdehnung der berechtigten Ehrgeiz der patriotischen Deutschen in keine Schranken weisen lassen will. Diesen Handel zu schützen und seine mannigfachen Interessen in den entfernsten Meeren wahrzunehmen, braucht Deutschland eine mächtige Flotte. Deutschland blickt voraus. Es muß für alle im fernem Osten möglichen Fälle gerüstet sein. Sehen Sie auf die vollendete Erhebung Japans, das schon mögliche nationale Erwachen Chinas, und beurteilen Sie danach die großen Probleme im Stillen Ozean. Nur Mächte im Besitz großer Kriegsschiffe werden mitzureden haben, wenn das Schicksal des Pacific sich entscheidet. Schon aus diesem Grunde braucht Deutschland eine starke Kriegsmarine. Vielleicht wird England eines Tages froh sein, ein flottenstarkes Deutschland neben sich zu haben und mit ihm in den großen Völkerdebatten der Zukunft auf der selben Seite zu stehen.

Die bürgerliche Presse steht starr vor diesen Offenherzigkeiten, die nicht geeignet sind, England zu gewinnen, die aber mit Sicherheit Frankreich und Rußland auf's schwerste kränken und dort einen Haß auslösen werden, der bei der Lösung der Balkanwirren arg mitzureden wird. Die bürgerliche Presse Deutschlands ist auf dem Gebiete der auswärtigen Politik von einer beschämenden Unwissenheit. Sie bezieht seit langen Jahren das, was sie zu meinen hat, aus den Vorzimmern des Berliner Auswärtigen Amtes und ist gewohnt, Samanische „Informationen“ als ihre eignen Ansichten zu garnieren und ihren noch dümmere Lesern vorzulegen.

Heute bleiben erklärlicherweise diese „Informationen“ aus, denn im Auswärtigen Amte weiß man wohl, was man über die Veröffentlichung zu denken hat, aber nicht, was man darüber laut sagen darf. Folglich steht die bürgerliche Presse ohne jeden Halt da und zittert wie ein Schilfrohr im Winde der möglicherweise gestatteten Geschiele. Ein hilfloses Herumtaumeln an Neugierlichem und Nebenächlichem, vor allem an der Frage, ob die Publikation mit oder ohne Wissen des Kaisers erfolgt ist, aber nirgends ein tieferes Eingehen auf die berührten Probleme und auf die naturnotwendigen bösen Folgen. Die Mehrzahl der Morgenblätter sagt sogar keine noch so verlegene Silbe; sie drücken die paar vorliegenden und ganz belanglosen Depeschen des offiziellen Wolffischen Bureaus ab und legen im übrigen die Hände an die Hosennaht. Folgsam und gehoramt und beschränkt und trottelhaft wie immer.

In der ausländischen Presse herrscht natürlich die Bewegung eines aufgestörten Ameisenhaufens. Es wird aber dafür gesorgt, daß der biedere Deutsche auf telegraphischem Wege von diesem lästerlichen und gefährlichen Treiben nichts erfährt. Das Wolffische Bureau meldet treulich Tag für Tag jede Bagatelle, die der deutschen Regierung irgendwie günstig gedeutet werden kann; es gibt viele Tausende Mark aus, um den deutschen Zeitungslesern mitzuteilen, was die ausländische Presse über irgendein Hüstel des Herrn Reichskanzlers Durchschlaucht zu äußern geruht, aber was heute morgen in Pariser, Londoner und Petersburger Blättern über den deutschen Kaiser und seine Führung der deutschen Politik gesagt wird, erfahren wir nicht. Nicht einmal in einem verwässerten Abzug, der durch die Klippen des deutschen Majestätsbeleidigungs-Paragrafen verständlich gemacht wurde.

Durch diese lächerliche Schweigjamkeit des offiziellen Depeschensbureaus und der bürgerlichen Nachrichtenpresse wird die wahre Wirkung natürlich nicht berührt oder irgendwie abgeschwächt. Nicht einmal das Bekanntwerden dieser Wirkung wird vereitelt. Es wird nur verzögert. Und die sozialdemokratische Presse wird dann dafür sorgen, daß der von ihr versorgte Teil des Volkes die Wahrheit erfährt, soweit sie sich unter dem Galgen der deutschen Pressefreiheit mitteilen läßt.

Für heute sei den Zweiflern an der Echtheit der Londoner Enthüllung nur mitgeteilt, daß ihre Verlegenheitskulisse schon umgefallen ist, bevor sie halbwegs aufgerichtet worden. Im Septemberheft der „Deutschen Revue“ hat nämlich ein „Wissender“ ganz ähnliche Eröffnungen gemacht, wie sie jetzt von London kommen; nur daß diese allgemeiner gehalten und in deskriptiver Form abgefaßt waren. Inhaltlich decken sich aber die Publikationen. Besonders bezüglich der „Errettung Englands aus schwerster Not“.

Das deutsche bürgerliche Publikum, das so heiß für die Buren schmelgte und das Krüger-Telegramm des deutschen Kaisers mit tönendem Jubel begrüßte, wird somit Stellung nehmen müssen zu den Tatsachen, die über Englands Unterjüngung durch Wilhelm 2. jetzt bekanntgegeben worden sind. Und es wird dann vielleicht eine Antwort auf die Frage finden, weshalb Deutschland in der Welt isoliert ist und immer mehr und sicherer vereinsamt.

Telegraphische Meldungen.

Ed. Paris, 29. Oktober. „Petit Parisien“ veröffentlicht im Zusammenhang mit den Neuerungen Kaiser Wilhelms in Sperdrud eine längere Erklärung, worin es heißt, die französische Regierung habe niemals die Idee gehabt, Europa zu veranlassen, eine Zwangsmaßregel gegen England anzuwenden.

Ed. London, 29. Oktober. Die „Times“ veröffentlicht ein längeres Telegramm, worin sie sich die von „Petit Parisien“ veröffentlichte Erklärung zu eigen macht. Das Blatt äußert daran die Frage, ob dadurch, daß jetzt daran erinnert wird, daß in den Jahren 1899 und 1900 Frankreich und Rußland Deutschland erzwungen, die südafrikanischen Republiken zu retten und England zu demütigen, kein anderer Zweck verfolgt werde, als das Einbernehmen der drei Mächte in der Orientfrage zu führen.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 255.

Magdeburg, Freitag den 30. Oktober 1908.

19. Jahrgang.

Parteigenossen!

In ihrer gestrigen Sitzung hat sich die neu gewählte Preßkommission konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Genossen A. Brandes, Magdeburg, Große Mühlstraße 3, gewählt. Alle Anträge und Beschwerden, welche die „Volksstimme“, ihre Redaktion, die Buchhandlung und die Druckerei betreffen, sind an den Vorgenannten oder an das Preßkommissionenmitglied des Kreises resp. Bezirke zu richten, wenn sie eine ordnungsmäßige Erledigung finden sollen.

Magdeburg, den 28. Oktober 1908.

Die Preßkommission.

Das Magdeburger Stadtparlament.

In der am Mittwochabend im „Sachjenhof“ abgehaltenen Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg hielt Genosse Stadtverordneter Landsberg einen Vortrag über „Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten“. Genosse Landsberg führte im wesentlichen folgendes aus:

Wir stehen wieder einmal vor den Stadtverordnetenwahlen und da erleben wir ein für Magdeburg ganz eigenartiges Bild. Es sind — lang, lang ist ähnliches her — zwei gegnerische bürgerliche Parteien entstanden, die nun aufeinander tüchtig loshauen. Der lachende Dritte könnten wir sein. Aber dazu bedarf es rastloser Agitation. Wenn alle Wähler, deren Interessen sie dazu zwingen, sozialdemokratisch zu wählen, dann nachkommen, dann werden wir die sozialdemokratische Fraktion um einige Mandate vermehren.

Redner erörterte dann die Aufgaben, die das kommunalpolitische Programm der Sozialdemokratie den sozialdemokratischen Stadtverordneten auferlegt. Grundsätzlich verlangt das Programm zunächst die Unabhängigkeit der Städte. Es liegt wenig Anlaß vor, Fabeln über das 100-jährige Bestehen der reaktionären Städteordnung anzuhören und geradezu beschämend ist es, daß die Bürgerlichen so ganz mit dem ausgeübten staatlichen Aufsichtsrecht über die Städte einverstanden sind. Kürzlich wollte der Bildungsausschuß der Arbeiter Magdeburgs den Arbeitern ein gutes Konzert bieten und zu dem Zweck das städtische Orchester engagieren, aber der Oberbürgermeister erklärte rund heraus, daß er dazu seine Genehmigung nicht geben könne. Überall „Beaufsichtigung!“ Das beweist ja auch jener Vorgang, als auf Betreiben der Polizei dem Metallarbeiterverband es unmöglich gemacht wurde, sein Sommerfest im „Herrenkrug“ abzuhalten. Rücksichtslos ist man immer gegen die Arbeiter. Aus dieser Rücksichtslosigkeit resultiert auch jene Bestimmung, daß kein Arbeiter von der Stadt angenommen wird, der über 40 Jahre alt ist. Was sollen diese Arbeiter machen? Dagegen ist die Stadt gegenüber den Militäranwärtern äußerst zuvorkommend. Überall werden solche Leute angestellt, so erst kürzlich wieder einer, der schon 24 militärische Dienstjahre hinter sich hatte, die ihm auf seine städtische Dienstzeit angerechnet werden.

Die Sozialdemokratie verlangt dann ein freies Wahlrecht zu den Stadtparlamenten. Das Dreiklassenwahlrecht bedeutet nahezu eine völlige Entrechtung der Arbeiter. Zu der Klassenenteilung nach dem Gehalt kommt die öffentliche Abstammung und das Hausbesitzerprivileg. Die öffentliche Abstammung wird von den bürgerlichen Gewalten zu einer unerhörten Terrorisierung der Wähler benutzt und die Behauptung vom sozialdemokratischen Terrorismus ist die schamloseste Lüge, die je von unsern Gegnern ausgeht worden ist. Das Hausbesitzerprivileg, das bei der Entstehung der Städteordnung eine gewisse Berechtigung gehabt hat, zeitigt jetzt die unglaublichsten Blüten, wie der Fall des Genossen Richter beweist, der 9 Jahre Stadtverordneter für die Neustadt ist, aber jetzt, wenn es nach dem Willen des Magistrats geht, nicht wieder gewählt werden kann, weil er nicht sozialdemokratisch zusammengeschert hat, um sich ein Haus zu kaufen.

Das Dreiklassenwahlrecht sichert unter allen Umständen dem Bürgertum die Mehrheit im Stadtparlament, und die Folge ist, daß die dort getriebene Politik den Interessen der bürgerlichen Klasse auf dem Beile zugeschnitten ist. Niemand vermag es jemand, wenn er die Interessen seiner Klasse vertritt. Aber man solle endlich die Demagogik unterlassen, daß die Sozialdemokraten Klassenpolitik treiben. Gewiß, sie tun es, denn sie müssen davon ausgehen, die Interessen der Besitzlosen zu vertreten. Aber diese Besitzlosen bilden die übergroße Mehrheit des Volkes. Und wenn die Lage dieser übergroßen Mehrheit verbessert wird, dann hat jeder Vorteil davon. Eine solche Klassenpolitik kann man sich wohl gefallen lassen, denn sie dient dem Gemeinwohl und verursacht höchstens einigen Unternehmern Schaden. Eine bessere Entlohnung der städtischen Arbeiter wird von den städtischen Körperschaften mit der Motivierung abgelehnt, daß damit den Privatunternehmern Schwierigkeiten in der Beschaffung von Arbeitern, eine gewisse Konkurrenz, bereitet würde. Die gleiche Konkurrenz dem Staate zu bereiten, scheint sich die Stadt aber nicht. Sie stellt keinen Stadtrat unter 6000 Mark Anfangsgehalt an, während der Staat z. B. seinen Richtern, die die gleiche

Vorbildung haben, nur 3000 Mark Anfangsgehalt zahlt. Die Männer, die Fleisch von ihrem Fleisch sind, werden von der bürgerlichen Mehrheit privilegiert; die Wünsche der Arbeiter werden abgewiesen. So wird den Oberlehrern ihr militärisches Dienstjahr angerechnet; den Anträgen der Sozialdemokraten, die gleiche Vergünstigung den Arbeitern zu gewähren, lehnte man aber mit dem Argument ab, daß man Arbeiter genug bekomme, die Oberlehrer aber herlocken müsse. Den bürgerlichen Klassen sucht man ein Bildungsmonopol zu sichern; das ist der indirekte Erfolg der 2 Jahre hinter einander erfolgten Erhöhung des Bürgergeldes, die es den minderbemittelten Bevölkerungsschichten immer mehr erschwert, ihre Kinder in die besseren Schulen zu schicken. Also einseitige Interessenpolitik, die dieselben Kreise treiben, die den Sozialdemokraten Klassenpolitik vorwerfen.

Wer hat weiter den Vorteil davon, wenn den Anträgen der Sozialdemokraten gefolgt und möglichst viel Betriebe in städtische Regie überführt werden? Doch nur die Allgemeinheit! Denn jetzt stecken, wie bei der Straßenbahn, die Aktionäre den mühseligen Gewinn in die Tasche. Aber die bürgerliche Mehrheit ist der Ansicht, daß der städtische Regiebetrieb das ganze Bürgertum in den Ruin stürzt. So sträuben sie sich gegen die Verstaatlichung der Straßenbahn, der Straßeneinigung, des Leichenfuhrwesens. Überall zeigen sich die Herrschaften reaktionär: In der Finanzverwaltung der Stadt, in der Erhöhung des Schulgeldes, in der Erhöhung der Krankenkosten. Dagegen haben sie nichts gegen die Herrschaft der Geistlichen einzuwenden, denn sie stimmten dafür, daß die Geistlichen in den Krankenhäusern jeden Kranken aussuchen dürfen, auch wenn sie nicht gerufen sind.

Den Sozialdemokraten werfen die Bürgerlichen oftmals Verschwendung vor. Sparjam sind die Bürgerlichen wohl, aber immer nur in gewissen Dingen, wie sie sich z. B. nicht dazu entschließen können, einen großen Schritt in der Wasserversorgungsfrage zu tun. Aber in anderen Dingen sind sie durchaus nicht sparsam. So bewilligten sie dem früheren Oberbürgermeister Schneider 11 000 Mark Pension, obwohl ihm nur die Hälfte zustand. Den Arbeitern gegenüber allerdings sind sie auch sparsam. So folgte der Magistrat nicht den Forderungen der Sozialdemokraten, die Arbeiter an den Torpassagen schon im Sommer als Montandearbeiter herzurufen. Die Sparjamkeit der bürgerlichen Stadtverordneten zeigt sich aber nicht darin, daß sie allen möglichen Vereinen Ehrenpreise bewilligen. Gewiß werden sie auch, wenn einmal der Gewerkschaftskongreß in Magdeburg tagt, eine Summe dafür bewilligen. (Große Heiterkeit.) Sparjam sind die Bürgerlichen auch nie, wenn es sich darum handelt, den Hausbesitzern einen Vorteil zuzuwenden. Das sind die „Vertreter des Gemeinwohls“!

Das hiesige Gewerkschaftskartell wollte eine Ausstellung von Griffsmodellen veranstalten. Der Magistrat, der alle möglichen weniger wertvollen Ausstellungen unterstützt, wurde hier mit einem Male sparsam. Nicht 1500 Mark, die nötig waren, wollte er bewilligen, sondern nur 600 Mark und die Stadtverordneten stimmten dem zu, so daß infolgedessen die Ausstellung scheiterte. Sparjamkeit zeigte die Stadt auch, als sie den Kanalarbeitern der kürzeren Arbeitszeit im Winter wegen Lohnabzüge machen wollte.

Nach oben gefällig, nach unten rücksichtslos! Das ist die Devise der Mehrheit der Stadtverordneten. Den Antrag der Sozialdemokraten anläßlich des „roten Sonntags“ würdigten sie durch einen Schlußantrag ab; ein Wunsch der Frau des früheren Oberpräsidenten v. Wilmowski, einige Bänke in den Anlagen umzustellen, wurde dagegen sofort erfüllt.

Eine starke sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament ist unbedingt nötig, wenn städtische Sozialpolitik getrieben werden soll. Bei der Notstandsdebatte im Frühjahr sprach der Stadtv. Stern von faulen Arbeitern und provozierte die Arbeitslosen auf der Tribüne. Die Mehrheit im Stadtparlament fand das ganz in Ordnung und opponierte auch nicht gegen die Ohrfeige, die ihr durch die Stabilisierung einer Polizeiwache im Rathaus verjagt wurde. Werden solche Leute ernstlich etwas für die Arbeitslosen tun? Nein! Nur auf Drängen der Sozialdemokraten lassen sich die Herren vorwärts bringen. Wer da wünscht, daß Sozialpolitik im Stadtparlament getrieben wird, der kann keinen bürgerlichen, der kann nur einen sozialdemokratischen Stadtverordneten-Kandidaten wählen! Das ist auch nötig, um den autokratischen Gelüsten des Magistrats, die sich in letzter Zeit zeigen, entgegenzutreten, denn nur die Sozialdemokraten sind unabhängig und rücksichtslos genug, um in diesen Fragen mit Energie aufzutreten. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben nach bestem Können ihre Pflicht im Stadtparlament getan. Die schönsten Anerkennung würde ihnen sein, wenn bei den Wahlen die Bürgerchaft die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten noch um eine erhebliche Anzahl vermehren würde. Die Möglichkeit dazu liegt vor, wenn alle Kräfte eingesetzt werden! Das zu tun muß unsere Aufgabe sein!

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung.

Mittwoch den 28. Oktober, 11 Uhr vorm.

Am Ministertisch: Freiherr von Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

erste Beratung des Lehrerbefehlsgesetzes.

Abg. von Dittfurth (kons.): Eine Aufbesserung der Lehrerbefehlsgesetze war ein dringende Notwendigkeit geworden, da die jetzige Art der Befehlsgesetze eine der wichtigsten Ursachen der Landflucht der Lehrer war. Es ist zu begrüßen, daß die neue Vorlage die ländlichen Lehrer den städtischen ungefähr gleichstellt. Ein Einheitsgehalt in Stadt und Land muß unser Ziel sein. Dann werden wir auch eine bodenständige Lehrerschaft auf dem Lande erhalten.

Abg. Glattfelder (Ztr.): Wir halten die Aufbesserung der Lehrers- und Lehrerinnengehälter, wie sie die Vorlage vorsieht, nicht für ausreichend. Wir müssen endlich dafür sorgen, daß die Volksschule Ruhe bekommt. Auch die Wartezeit der Lehrer sollte herabgesetzt werden.

Abg. Schiffer (natl.): Wir heißen grundsätzlich eine Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land gut. Leicht ist uns diese Entscheidung nicht geworden, da sie im Gegensatz zu der ganzen bisherigen Entwicklung steht. Aber wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß die Verhältnisse sich so verändert haben, daß eine tiefgreifende Umgestaltung der Befehlsgesetze notwendig geworden ist. Die Kommune muß die Trägerin des Schulunterrichts bleiben. Aber die Tätigkeit des Lehrers erfolgt im Interesse des Staates; deshalb muß der Staat alle Lehrer gleichstellen. Macht man die Kreise und eventuell weitere Kommunalverbände zu Trägern der Schullasten, dann wird das ohne größere Belastung des Staates möglich sein. Die Forderung der Lehrer, mit den Sekretären der Verwaltung gleichgestellt zu werden, ein Anfangsgehalt von 1800 Mark, ist durchaus berechtigt. Freilich dem Staate darf man diese Mehrausgabe von 70 Millionen nicht auferlegen, wir werden andere Wege suchen müssen. Wir vertreten weder Landlehrer noch Stadtlehrer, sondern die gesamte Lehrerschaft. (Lebhafte Beifall b. d. Natl.) Die Vorlage besetzt die Landflucht der Lehrer nicht, ein Drittel, wenn nicht zwei Drittel aller Lehrer sollen erhöhte Bezüge bekommen; ist das Gleichstellung? Das ist doch die Schaffung einer Ausnahmestellung für die Mehrheit der Lehrer. Darauf können wir uns nicht einlassen. Man hätte bei der Vorbereitung dieser Vorlage die Lehrerschaft mehr hören sollen. Ich schließe mit dem Worte unseres verehrten Kardorff: Die Volksschule muß politisch neutralisiert werden. (Lebhafte Beifall und Handklatschen b. d. Natl.)

Präsident von Kröcher: Das Handklatschen ist im Parlament ganz etwas Neues. (Heiterkeit.)

Ministerialdirektor Schwarzkopf: Herr Schiffer hat selbst zugegeben, daß sein Ideal, 1800 Mark Anfangsgehalt, für heute nicht zu erreichen ist. Mit diesem Wechsel auf die Zukunft ist uns hier aber wenig geholfen; es kommt darauf an, was jetzt zu leisten möglich ist. Herr Schiffer steht auf dem Standpunkt des gegenwärtigen Systems: gesetzlich fixierte Mindestgehälter und im übrigen freie Bewegungen der Gemeinden. Die Vertreter der anderen Parteien wünschen dagegen für jetzt ein Einheitsgehalt für Stadt und Land. Zwischen diesen beiden Strömungen hat die Regierung zu vermitteln gesucht, indem sie die Mindestgehälter nach Möglichkeit erhöht hat und für die Bewegungsfreiheit der Gemeinden nur eine gewisse Grenze festgelegt hat. Ein allen Interessen gerecht werdendes Lehrerbefehlsgesetz ist eine Unmöglichkeit; wir müssen uns auf einer mittleren Linie bewegen. Den Wünschen der Lehrer nach einem Einheitsgehalt steht gegenüber der Wunsch der Gemeinden nach freier Bewegungsmöglichkeit. Die Staatsregierung schätzt durchaus die Selbstverwaltung der Gemeinden, sie weiß, was sie dieser Selbstverwaltung zu danken hat. Es besteht aber auch ein gewisses Bedürfnis nach Ruhe auf dem Gebiete der Lehrerbefehlsgesetze.

Abg. Freiherr von Hedlich (freikons.): Die Vorlage ist zweifellos für die Entwicklung unserer ganzen Volksschule von entscheidender Bedeutung. Es fragt sich, ob wir auf dem bisher beschrittenen abschüssigen Wege fortfahren sollen. Die jetzt vorhandene beklagenswerte Ungleichheit der Lehrergehälter auf dem Lande und in den großen Städten wird leider durch die Vorlage verewigt. Die Motive der Landflucht der Lehrer werden noch verschärft werden, wenn alle Lehrer in Städten über 25 000 Einwohner 200 bis 750 Mark Zulage erhalten. Dadurch werden die Lehrer in kleinen Städten und auf dem Lande zu Lehrern zweiter Klasse degradiert. (Sehr richtig! rechts.) Anders ist er aber unbedingt in den Großstädten; zweifellos schwieriger ist er aber unbedingt in den ein- und zweiklassigen Schulen. (Sehr richtig! rechts.) Nur bei ganz dringendem Bedürfnis dürfte von dem Normalgehalt abgewichen werden.

Abg. Cassel (Freis. Sp.): Die große Mehrheit der Volksschullehrer ist durch die Vorlage schwer enttäuscht. Wir werden alle Bestrebungen, das Grundgehalt sowie die Alterszulagen nach Möglichkeit zu erhöhen, energig unterstützen. Der Herr Ministerialdirektor hat sehr anerkennende Worte für die Selbstverwaltung der Städte gesprochen. Wir wissen ja, daß solchen schönen Worten meist keine Taten folgen. Im übrigen ist doch die Selbstverwaltung in Preußen für die Städte über 2 000 Einwohner gegeben worden. Die Leistungsfähigkeit der Städte richtet sich auch keineswegs immer nur nach der Einwohnerzahl; auch in kleineren Städten kann die Erhöhung der Normalgehälter sehr wohl notwendig und möglich sein. Nach einer Statistik der Preussischen Lehrervereins würde sich nach diesem Gesetz das Gehalt der Lehrer in Städten von unter 25 000 Einwohnern in über 300 Fällen erniedrigen. (Hört, hört! links.) Gewiß kann der jetzt angefertigten Lehrern das Gehalt nicht verfürzt werden, aber es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn die neu anzustellenden Lehrer mit noch niedrigeren Sätzen zu rechnen haben als die jetzt angestellten. Auf alle Fälle muß den Gemeinden das Recht gewahrt werden, die Gehälter zu erhöhen. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage trägt einen durch und durch agrarischen Charakter. (Gefächter rechts.) Wir diesem Gesetz kann Preußen moralische Eroberungen nicht machen. (Beifall links.)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Lehrerbefehlsgesetz.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Parteibewegung.

Ein Gemeindevorsteher. Bei den Gemeindevorsteherwahlen in Hochim bei Frankfurt a. M. trat der sozialdemokratische Kandidat mit 33 Stimmen über die gesamten bürgerlichen Gegner.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hält ihre erste Fraktionssitzung im beginnenden Tagungsabschnitt des Reichstags am nächsten Mittwoch, mittags 12 Uhr, vor Beginn der Plenarsitzung ab.

Die Lehrerbefolgung.

Das preussische Dreiklassenparlament begann am Mittwoch die Beratung der Vorlage über die Aufbesserung der Lehrerbefolgungen. Der deutsche Kronprinz, der sich jetzt bekanntlich in die Staatsgeschäfte einweihen läßt, wohnte den Verhandlungen von der Hofloge aus bei.

Das neue Lehrerbefolgungsgesetz wendet für die Verbesserung der Bezahlung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen 80 Millionen auf — ein Tropfen auf dem heißen Stein! Es wird dadurch nicht einmal erreicht, daß die Lehrer den Gerichtsschreibergehilfen oder den Diakonen gleichgestellt werden.

Der konservative Abgeordnete v. Dürfurth ging sogar soweit, ein absolut gleiches Gehalt für alle Lehrer in Stadt und Land zu verlangen. Obwohl die Volksschule Gemeindefache ist, soll der Staat ein Einheitsgehalt für alle Lehrer festsetzen, und zwar ein möglichst niedriges, damit die ostpreussischen Gutsbezirke nicht zuviel für die Volksbildung aufwenden müssen.

Da war der Ministerialdirektor Schwarzkopf, der in Vertretung des erkrankten Juristen, Wasserbautechnikers und Kultusministers Dr. Holle die Vorlage vertrat, wenigstens entschiedener: er erregte nur vor dem Sohne des allerhöchsten Kriegsherrn und pries mit den schönsten Worten das neue Reglement, nach dem die preussischen Lehrer hungern sollen.

Donnerstag geht die Debatte weiter: Genosse Borgmann wird den Standpunkt unjurer Partei darlegen und die Interessen der Volksbildung wahren.

Die Gewerbeordnung.

Da der Reichstag im Mai nur bis zum 20. Oktober vertagt wurde, können von diesem Zeitpunkt ab die Kommissionen schon Sitzungen abhalten, auch wenn das Plenum noch nicht versammelt ist. Die Kommission zur Vorbereitung der Gewerbeordnung hat am 22. d. M. ihre erste Sitzung abgehalten.

Die Landtagswahlen in Hessen.

Am Mittwoch fanden im Großherzogtum Hessen die Wahlmännerwahlen für die voraussichtlich erledigte Hälfte der Abgeordnetenmandate statt. Dabei haben nahezu Genossen vier Mandate zu verteidigen, nämlich die der Genossen Ulrich in Oberhessen-Stadt, Orb in Oberhessen-Land und Adelung und Dr. David in Mainz.

Wahres erhielt 4000 Stimmen, dagegen die von den Deutschfreisinnigen unterstützt wurde, 3969 Stimmen erhielt.

Wahlrechtsdemonstrationen in Sachsen.

Die Arbeiterchaft der großen sächsischen Städte wird am nächsten Sonntag große Demonstrationen um die Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts nachdrücklich unterstützen. Den Umzügen, für die augenscheinlich die behördliche Genehmigung erteilt worden ist, sollen sich außer in Dresden auch in Leipzig, Plauen, Chemnitz, Zwickau und in anderen Städten große Wahlrechtsversammlungen, zum Teil unter freiem Himmel, anschließen.

Die Demonstrationen werden zweifellos einen solchen Umfang annehmen, daß die Arbeiterchaft auf sie stolz sein und das Vorgehen aus ihnen lernen kann, daß die Arbeiter nicht Lust haben, sich dauernd offen zu lassen.

Die Suffragetter.

Die Londoner Frauenrechtlerinnen besuchten Mittwoch abend wieder allgemeines Aufsehen im englischen Unterhaus. Während das Mitglied Rennant sprach, steckten sie durch das Gitter der Damengalerie Plakate mit der Aufschrift „Stimmrecht für die Frauen“.

Deutschland.

Eine Reform des Patentgesetzes ist geplant und beschäftigt schon seit einiger Zeit das Reichsamt des Innern. Die Reform soll sich im wesentlichen auf das Gesetz über die Warenbezeichnung und auf das der Gebrauchsmuster beziehen.

Die abgehackte Hand. Aus Breslau wird gemeldet: In dem Schabenerjagdprojekt, den der bei den Krawallen am 19. April 1906 durch den Polizeischuß ein seine linke Hand gefommene Arbeiter Diebold gegen die Stadt Breslau führt, und in dem die Stadt dem Grunde nach bereits rechtskräftig verurteilt ist, sprach jetzt die 5. Zivilkammer des Landgerichts dem Kläger folgende Entschädigung zu: 1500 Mark für den immateriellen Schaden, 142,80 Mark Lohnersatz für die ersten 8 Wochen und ferner eine in den ersten Jahren etwas variierende Rente, die vom 18. April 1911 an 187,25 Mark vierteljährlich beträgt.

Mittelständler und Wahlrecht. Die Mittelstandsvereinigung des Königreichs Sachsen erläßt einen Aufruf an den gesamten sächsischen Mittelstand, in dem sie sich zum gemeinsamen Einverständnis mit der Regierung und besonders zu der Zustimmung der 4 Stimmen der Delegiertenwähler äußert, da die meisten Angehörigen des Mittelstandes diese 4 Stimmen haben wollen.

Jugendgerichte in Sachsen. Das Justizministerialblatt für das Königreich Sachsen veröffentlicht eine Verordnung des Strafverfahrens gegen Jugendliche betreffend. Danach sollen die den Jugendgerichten zugrunde liegenden Gedanken im Rahmen des geltenden Gesetzes durchzuführen beachtet werden.

Ein Geheimbundsprozess. Vor der Strafkammer in Gleiwitz beginnt am 4. November ein Geheimbundsprozess, der sich gegen 35 Angeklagte richtet. Bei dieser Gelegenheit dürfte die Tätigkeit preussischer Lockspiegel wieder einmal in das hellste Licht gerückt werden.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Etwas von den Gelben.

Zu den hervorstechendsten Stützpunkten der deutschen Streikbrecherbewegung zählt ungenügend das Waldenburger Kohlenrevier. Die Grubenmillionäre lassen sich den Kampf wider das „rote Geispen“, das ihren Profit bedroht, hier etwas kosten. Aus ihren Taschen wird der reichstrenne Aguator Ermerz bezahlt, der seinerzeit bei den Christlichen hinausgeworfen wurde und der jetzt gegen ein Gehalt von 6000 Mark im Waldenberg der Grubenherren unruhigbare Arbeiter leitet.

Zahlen mit Bleistift geschrieben — auswendig, mit Zinte geschrieben — auswendig. Für gezahlten Sekretariatsbeitrag a 20 Pfennig waren fünf Zahlen zur Punkte gemacht. Gelder zum Jahresschluss wurden eingezogen, trotzdem die Kasse geleert und besetzt war. Im Kassenbuch war das eingezogene Geld aber nicht verzeichnet. Die Luuningsbücher wiesen zahlreiche fehlende Abrechnungen für bezahlte Monatsbeiträge auf. Bei Kassenrevisionen wurden von den Revisoren nach dem vorhandenen Gelde die Zahlen umgezählt.

Bei einer Abrechnung der Verbandskasse der reichstrennen Vereine, eine gleichsam mit der Abrechnung in einem Gewerkschaftsstatute, ergab die Kassenrevisor in bezug auf den Kassierer Schmidt:

Daß sie schon mehrere Tage rechnen, die Kasse aber nicht hinreichend bekäme. Herr Schmidt, der heutige Kassierer, liege auf Kosten der Verbandskasse ganze Lagen Bier und Zigarren aufzuführen.

Beim wurde ihm in den Akten zur Last gelegt, daß er mit ungenügendem Abrechnungs einzelne Vereine und deren Delegierte in den Verbandskassen befragt, andre dagegen benachteiligt habe. Zu den Forderungen seien falsche Erstattungen erfolgt und Kassen umgeschlagen worden. Komme man nun des Vermögens in den Kassen nicht habhaft werden, so glaubt man wenigstens die

Wahnen. Der in den Akten schwer kompromittierte Kassierer Schmidt wurde dazu ausgerufen, sich „beleidigt“ zu fühlen. Am Montag hat nun vor dem Schöffengericht in Waldenburg Termin angetreten. Die Echtheit des Aktenmaterials mußte von den Zeugen zugegeben werden, dagegen verlegten sich sämtliche Zeugen in bezug auf die behaupteten Tatsachen auf die Lächerlichkeit, sich auf nichts mehr erinnern zu können. Sekretär Ermerz schilderte den Kassierer Schmidt als einen äußerst brauchbaren Vereinsbeamten, dem in den Akten unrecht geschehen sei. Bezüglich Viktorius hat ausgedrückt, unter der Leitung des Schmidt hätten die reichstrennen Vereine ihren Hauptzweck, die Lage der Bergarbeiter zu heben und die Sozialdemokratie entgegenzuwirken, immer mehr in den Hintergrund treten lassen und seien zu bloßen Vergnügungsvereinen geworden. Er hege die Vermutung, daß Bergwerksdirektor Grunberg bei passender Gelegenheit mit Schmidt Rücksprache genommen habe und ihn veranlaßt haben dürfte, sein Amt niederzulegen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Stadtverordnetenwähler Magdeburgs!

Nur noch eine kurze Spanne Zeit trennt uns von den Stadtverordnetenwahlen. Das lebende Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung, das eine Klassenfaltung nach dem Geldbeutel vorzieht, hindert die breiten unbemittelten Volksschichten, sich mit Erfolg an den Wahlen für die erste und zweite Wahlabteilung zu beteiligen. Um so größere Energie müssen sie daher aufwenden, um sich wenigstens in der dritten Klasse gebührenden Einfluß zu sichern.

Als geeignete Vertreter können nur sozialdemokratische Kandidaten in Betracht kommen, denn bürgerliche Kandidaten werden im Falle ihrer Wahl mit ihren bürgerlichen Kollegen von der ersten und zweiten Abteilung gemeinsame Sache machen und wie sie die Sonderinteressen der Besitzenden, die Sonderinteressen besonderer kleiner Bevölkerungsgruppen vertreten.

Wir bitten die Stadtverordnetenwähler, die Sozialdemokraten wählen zu lassen, weil ihre Grundaussagen dafür bürgen, daß sie nie das Interesse einzelner, sondern immer nur das Interesse der Gesamtheit im Auge haben werden. Nur die Sozialdemokraten lassen sich bei ihrer Politik von großen Gesichtspunkten leiten; bei den Bürgerlichen ist das Gegenteil der Fall.

Nur die Sozialdemokraten treten rücksichtslos und entschieden auf, während die Bürgerlichen aus lauter Rechnungsträgern zusammengesetzt sind. Die Entscheidung kann daher für jeden, der freiheitlich, fortschrittlich und unabhängig denkt, nicht schwer sein: er muß seine Stimme den Sozialdemokraten geben. Er muß nicht selbst sozialdemokratisch wählen, sondern er muß auch die wenigen Tage bis zu den Wahlen auf das intensivste ausnützen, um auch seine Freunde zu veranlassen, sozialdemokratisch zu wählen. Wer nicht mit den Arbeitern ist, der ist wider sie, wer nicht mit der breiten Masse ist, der ist wider sie, der ist wider die Allgemeinheit. Das muß allen Unschlüssigen immer und immer wieder gesagt werden, damit sie sich nicht gegen ihre eignen Interessen vergehen!

Die Stadtverordnetenwahlen müssen der Arbeiterpartei einen glänzenden Erfolg bringen zum Segen der ganzen Kommune! Darum, Stadtverordnetenwähler!

Agitiert für die sozialdemokratischen Kandidaten!

Sozialdemokratischer Verein.

Der Sozialdemokratische Verein für Magdeburg hielt am gestrigen Mittwoch im „Sachsenhof“ eine außerordentliche Generalversammlung ab. Als erster Punkt wurde der Bericht vom Bezirkstag erledigt.

Genosse Bernick gab einen kurzen Uebersicht über die dort gepflogenen Verhandlungen, über die die „Volkstimme“ seinerzeit ausführlichen Bericht erstattet hat. Da die Verhandlungen zumeist organisatorischer Natur waren, zum Teil die dort angenommenen Anträge bereits verwirklicht sind, können wir uns hier ein näheres Eingehen auf den Bericht er sparen. Redner spricht am Schlusse die Hoffnung aus, daß die Beschlüsse zur Stärkung und zum Ausbau der Organisation beitragen mögen. Eine Diskussion über den Bericht wurde nicht beliebt.

Zum zweiten Punkte nahm Genosse Landberg das Wort, um über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu referieren. Wir berichten über den Vortrag an anderer Stelle. Eine Diskussion über den Rechnungsbereich des Genossen Landberg fand ebenfalls nicht statt.

Es folgt der Punkt „Ausstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl“. Genosse Klüh s macht auf die Kandidierung aufmerksam, die infolge des Verlangens des Magistrats, daß in der 3. Abteilung in der Neustadt der zu wählende Stadtverordnete Hausbesitzer zu sein habe, eintreten müsse. Für den Fall, daß der vom Genossen Richter der Stadtverordnetenversammlung unterbreitete Antrag, das Verlangen des Magistrats als unberechtigt zu erklären, im zukünftigen Sinne erledigt wird, bleibt es bei Richters Kandidatur. Im andern Falle soll, um das Mandat nicht zu gefährden, Genosse Oskar Klein in der Neustadt aufgestellt werden. Für den Stadtteil Sudenburg, wo ebenfalls ein Hausbesitzer in Frage kommt, wird vom Vorstand Genosse Albert Vater vorgeschlagen. Für den Stadtteil Altstadt sollen die Genossen Lantau, Richter, Böhme, Hahnje und Giese kandidieren. Den Vorschlägen wird von der Versammlung zugestimmt.

Der dritte Vortrag über Sachsenland durch Genosse Schütte findet heute, Donnerstag, im Sachsenhof statt.

Zu der Sitzung in der Fleisch-Apothek. Es ist gelungen, die Personalien des in Haiti genannten Einbrechers festzustellen. Der angebliche Artist Schröder ist der in Berlin am 25. Juli 1886 geborne Architekt Edwin Ritter, der bei seiner Mutter gewohnt hat und nebenbei Privatdetektiv und Partiwarenhändler gemein ist. In Wien verkehrte Ritter mit einem andern Manne, wahrscheinlich seinem Komplizen vom Sonntag, viel in den Cafés unter den Linden, wo beide sehr elegant auftraten. Der Verhaftete gestreift, mit dem Architekt Ritter identisch zu sein. Von dem zweiten Verbrecher, von dem angenommen wird, daß er den üblichen Schuß auf Herrn Rathge abgegeben hat, fehlt leider noch jede Spur.

Parteigenossen!

In Ihrer gestrigen Sitzung hat sich die neu gewählte Preßkommission konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Genossen A. Brandes, Magdeburg, Große Münzstraße 3, gewählt. Alle Anträge und Beschwerden, welche die „Volksstimme“, ihre Redaktion, die Buchhandlung und die Druckerei betreffen, sind an den Vorgenannten oder an das Preßkommissionsmitglied des Kreises resp. Bezirke zu richten, wenn sie eine ordnungsmäßige Erledigung finden sollen.

Magdeburg, den 28. Oktober 1908.

Die Preßkommission.

Das Magdeburger Stadtparlament.

In der am Mittwoch abend im „Sachsenhof“ abgehaltenen Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg hielt Genosse Stadtverordneter Landsberg einen Vortrag über „Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten“. Genosse Landsberg führte im wesentlichen folgendes aus:

Wir stehen wieder einmal vor den Stadtverordnetenwahlen und da erleben wir ein für Magdeburg ganz eigenartiges Bild. Es sind — lang, lang ist ähnliches her — zwei gegnerische bürgerliche Parteien entstanden, die nun aufeinander tüchtig loshauen. Der lachende Dritte könnten wir sein. Aber dazu bedarf es rastloser Agitation. Wenn alle Wähler, deren Interessen sie dazu zwingen, sozialdemokratisch zu wählen, dem nachkommen, dann werden wir die sozialdemokratische Fraktion um einige Mandate vermehren.

Nedner erörterte dann die Aufgaben, die das kommunalpolitische Programm der Sozialdemokratie den sozialdemokratischen Stadtverordneten auferlegt. Grundsätzlich verlangt das Programm zunächst die Unabhängigkeit der Städte. Es liegt wenig Anlaß vor, Fabeln über das 100-jährige Bestehen der reaktionären Städteordnung anzuhören und geradezu beschämend ist es, daß die Bürgerlichen so ganz mit dem ausgedehnten staatlichen Aufsichtrecht über die Städte einverstanden sind. Kürzlich wollte der Bildungsausschuß der Arbeiter Magdeburgs den Arbeitern ein gutes Konzert bieten und zu dem Zweck das städtische Orchester engagieren, aber der Oberbürgermeister erklärte rund heraus, daß er dazu seine Genehmigung nicht geben könne. Überall — Heuschreck! — Heuschreck! Das beweist ja auch jener Vorgang, als auf Betreiben der Polizei dem Metallarbeiterverband es unmöglich gemacht wurde, sein Sommerfest im „Herrenzug“ abzuhalten. Mühselig ist man immer gegen die Arbeiter. Aus dieser Rücksichtslosigkeit resultiert auch jene Bestimmung, daß kein Arbeiter von der Stadt angenommen wird, der über 40 Jahre alt ist. Was sollen diese Arbeiter machen? Dagegen ist die Stadt gegenüber den Militäranwärtern äußerst zuvorkommend. Überall werden solche Leute angestellt, so erst kürzlich wieder einer, der schon 24 militärische Dienstjahre hinter sich hatte, die ihm auf seine städtische Dienstzeit angerechnet werden.

Die Sozialdemokratie verlangt dann ein freies Wahlrecht zu den Stadtparlamenten. Das Dreiklassenwahlrecht bedeutet nahezu eine völlige Entrechtung der Arbeiter. Zu der Klassenenteilung nach dem Geldbeutel kommt die öffentliche Abstammung und das Hausbesitzerprivileg. Die öffentliche Abstammung wird von den bürgerlichen Gewalten zu einer unerhörten Terrorisierung der Wähler benutzt und die Behauptung vom sozialdemokratischen Terrorismus ist die schamloseste Lüge, die je von unsern Gegnern ausgeheckt worden ist. Das Hausbesitzerprivileg, das bei der Entstehung der Städteordnung eine gewisse Berechtigung gehabt hat, zeitigt jetzt die unglaublichsten Mißstände, wie der Fall des Genossen Richter beweist, der 9 Jahre Stadtverordneter für die Reichstadt ist, aber jetzt, wenn es nach dem Willen des Magistrats geht, nicht wieder gewählt werden kann, weil er nicht soviel Mehrwert zusammengehackt hat, um sich ein Haus zu kaufen.

Das Dreiklassenwahlrecht sichert unter allen Umständen dem Bürgertum die Mehrheit im Stadtparlament, und die Folge ist, daß die dort getriebene Politik den Interessen der bürgerlichen Klasse auf dem Beile zugeschnitten ist. Niemand verargt es jemand, wenn er die Interessen seiner Klasse vertritt. Aber man solle dann endlich die Demagogik unterlassen, daß die Sozialdemokraten Klassenpolitik treiben. Gewiß, sie tun es, denn sie müssen davon ausgehen, die Interessen der Besitzlosen zu vertreten. Aber diese Besitzlosen bilden die übergroße Mehrheit des Volkes. Und wenn die Lage dieser übergroßen Mehrheit verbessert wird, dann hat jeder Vorteil davon. Eine solche Klassenpolitik kann man sich wohl gefallen lassen, denn sie dient dem Gemeinwohl und verursacht höchstens einigen Unternehmern Schaden. Eine bessere Entlohnung der städtischen Arbeiter wird von den städtischen Körperschaften mit der Motivierung abgelehnt, daß damit den Privatunternehmern Schwierigkeiten in der Beschaffung von Arbeitern, eine gewisse Konkurrenz, bereitet würde. Die gleiche Konkurrenz dem Staate zu bereiten, scheint sich die Stadt aber nicht. Sie stellt keinen Stadtrat unter 6000 Mark Anfangsgehalt an, während der Staat z. B. seinen Richtern, die die gleiche

Vorbildung haben, nur 3000 Mark Anfangsgehalt zahlt. Die Männer, die Fleisch von ihrem Fleisch sind, werden von der bürgerlichen Mehrheit privilegiert; die Wünsche der Arbeiter werden abgewiesen. So wird den Oberlehrern ihr militärisches Dienstjahr angerechnet; den Anträgen der Sozialdemokraten, die gleiche Vergünstigung den Arbeitern zu gewähren, lehnte man aber mit dem Argument ab, daß man Arbeiter genug bekomme, die Oberlehrer aber herlocken müsse. Den bürgerlichen Klassen sucht man ein Bildungsmonopol zu sichern; das ist der indirekte Erfolg der 2 Jahre hintereinander erfolgten Erhöhung des Bürgergeldes, die es den minderbemittelten Bevölkerungsschichten immer mehr erschwert, ihre Kinder in die besseren Schulen zu schicken. Also einseitige Interessenpolitik, die dieselben Kreise treiben, die den Sozialdemokraten Klassenpolitik vorwerfen.

Wer hat weiter den Vorteil davon, wenn den Anträgen der Sozialdemokraten gefolgt und möglichst viel Betriebe in städtische Regie überführt werden? Doch nur die Allgemeinheit! Denn jetzt stecken, wie bei der Straßenbahn, die Aktionäre den mühseligen Gewinn in die Tasche. Aber die bürgerliche Mehrheit ist der Ansicht, daß der städtische Regiebetrieb das ganze Bürgerium in den Ruin stürzt. So sträuben sie sich gegen die Verstaatlichung der Straßenbahn, der Straßeneinigung, des Leichenfuhrwesens. Überall zeigen sich die Herrschajenreaktionäre: In der Finanzgebarung der Stadt, in der Erhöhung des Schulgeldes, in der Erhöhung der Krankenkosten. Dagegen haben sie nichts gegen die Herrschaft der Geistlichen einzuwenden, denn sie stimmten dafür, daß die Geistlichen in den Krankenhäusern jeden Kranken aufsuchen dürfen, auch wenn sie nicht gerufen sind.

Den Sozialdemokraten werfen die Bürgerlichen oftmals Verschwendung vor. Sparjam sind die Bürgerlichen wohl, aber immer nur in gewissen Dingen, wie sie sich z. B. nicht dazu entschließen können, einen großen Schritt in der Wasserversorgungsfrage zu tun. Aber in anderen Dingen sind sie durchaus nicht sparsam. So bewilligten sie dem früheren Oberbürgermeister Schneider 11000 Mark Pension, obwohl ihm nur die Hälfte zustand. Den Arbeitern gegenüber allerdings sind sie auch sparsam. So folgte der Magistrat nicht den Forderungen der Sozialdemokraten, die Arbeiten an den Torpassagen schon im Sommer als Notstandsarbeiten herzurichten. Die Sparjamkeit der bürgerlichen Stadtverordneten zeigt sich aber nicht darin, daß sie allen möglichen Vereinen Ehrenpreise bewilligen. Gewiß werden sie auch, wenn einmal der — Gewerkschaftskongreß in Magdeburg tagt, eine Summe dafür bewilligen. (Große Freierheit!) Sparjam sind die Bürgerlichen auch nie, wenn es sich darum handelt, den Hausbesitzern einen Vorteil zuzuwenden. Das sind die „Vertreter des Gemeinwohls“!

Das hiesige Gewerkschaftskartell wollte eine Ausstellung von Grüstmodellen veranstalten. Der Magistrat, der alle möglichen weniger wertvollen Ausstellungen unterstützt, wurde hier mit einem Male sparsam. Nicht 1500 Mark, die nötig waren, wollte er bewilligen, sondern nur 600 Mark und die Stadtverordneten stimmten dem zu, so daß infolgedessen die Ausstellung scheiterte. Sparjamkeit zeigte die Stadt auch, als sie den Kanalarbeitern der kürzeren Arbeitszeit im Winter wegen Lohnabzüge machen wollte.

Nach oben gefällig, nach unten rücksichtslos! Das ist die Devise der Mehrheit der Stadtverordneten. Den Antrag der Sozialdemokraten anlässlich des „roten Sonntags“ würgten sie durch einen Schlußantrag ab; ein Wunsch der Frau des früheren Oberpräsidenten v. Wilmowski, einige Bänke in den Anlagen umzustellen, wurde dagegen sofort erfüllt.

Eine starke sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament ist unbedingt nötig, wenn städtische Sozialpolitik getrieben werden soll. Bei der Notstandsdebatte im Frühjahr sprach der Stadtv. Stern von faulen Arbeitern und propozierte die Arbeitslosen auf der Tribüne. Die Mehrheit im Stadtparlament fand das ganz in Ordnung und opponierte auch nicht gegen die Ohrfeige, die ihr durch die Stabilisierung einer Polizeiwache im Rathaus versetzt wurde. Werden solche Leute ernstlich etwas für die Arbeitslosen tun? Nein! Nur auf Drängen der Sozialdemokraten lassen sich die Herren vorwärts bringen. Wer da wünscht, daß Sozialpolitik im Stadtparlament getrieben wird, der kann keinen bürgerlichen, der kann nur einen sozialdemokratischen Stadtverordneten-Kandidaten wählen! Das ist auch nötig, um den autokratischen Gelüsten des Magistrats, die sich in letzter Zeit zeigen, entgegenzutreten, denn nur die Sozialdemokraten sind unabhängig und rückgratfest genug, um in diesen Fragen mit Energie anzutreten. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben nach bestem Können ihre Pflicht im Stadtparlament getan. Die schändliche Anerkennung würde ihnen sein, wenn bei den Wahlen die Bürgerchaft die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten noch um eine erkleckliche Anzahl vermehren würde. Die Möglichkeit dazu liegt vor, wenn alle Kräfte eingesetzt werden! Das zu tun muß unsere Aufgabe sein!

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung.

Mittwoch den 28. Oktober, 11 Uhr vorm.

Am Ministertisch: Freiherr von Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

erste Beratung des Lehrerbefoldungsgesetzes.

Abg. von Ditzfurth (kons.): Eine Aufbesserung der Lehrerbefoldung war ein bringende Notwendigkeit geworden, da die jetzige Art der Befoldungen eine der wesentlichen Ursachen der Landflucht der Lehrer war. Es ist zu begrüßen, daß die neue Vorlage die ländlichen Lehrer den städtischen ungefähr gleichstellt. Ein Einheitsgehalt in Stadt und Land muß unser Ziel sein. Dann werden wir auch eine bodenständige Lehrerschaft auf dem Lande erhalten.

Abg. Glattfelder (Str.): Wir halten die Aufbesserung der Lehrer- und Lehrerinnengehälte, wie sie die Vorlage vorsieht, nicht für ausreichend. Wir müssen endlich dafür sorgen, daß die Volksschule Ruhe bekommt. Auch die Wartezeit der Lehrer sollte herabgesetzt werden.

Abg. Schiffer (natl.): Wir heißen grundsätzlich eine Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land gut. Leicht ist uns diese Entschliesung nicht geworden, da sie im Gegensatz zu der ganzen bisherigen Entwicklung steht. Aber wir sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Verhältnisse sich so verändert haben, daß eine tiefgreifende Umgestaltung der Befoldungsverhältnisse notwendig geworden ist. Die Kommune muß die Trägerin des Schulunterrichts bleiben. Aber die Tätigkeit des Lehrers erfolgt im Interesse des Staates; deshalb muß der Staat alle Lehrer gleichstellen. Macht man die Kreise und eventuell weitere Kommunalverbände zu Trägern der Schulaffären, dann wird das ohne größere Belastung des Staates möglich sein. Die Forderung der Lehrer, mit den Sekretären der Verwaltung gleichgestellt zu werden, ein Anfangsgehalt von 1800 Mark, ist durchaus berechtigt. Freilich dem Staate darf man diese Mehrausgabe von 70 Millionen nicht auferlegen, wir werden andre Wege suchen müssen. Wir vertreten weder Landlehrer noch Stadtlehrer, sondern die gesamte Lehrerschaft. (Lebhafter Beifall b. d. Natl.) Die Vorlage besagt die Landflucht der Lehrer nicht, ein Drittel, wenn nicht zwei Drittel aller Lehrer sollen erhöhte Bezüge bekommen; ist das Gleichstellung? Das ist doch die Schaffung einer Ausnahmestellung für die Mehrheit der Lehrer. Darauf können wir uns nicht einlassen. Man hätte bei der Vorbereitung dieser Vorlage die Lehrerschaft mehr hören sollen. Ich schließe mit dem Worte unfres bewertigen Kardorff: Die Volksschule muß politisch neutralisiert werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen b. d. Natl.)

Präsident von Kröcher: Das Händeklatschen ist im Parlament ganz etwas Neues. (Gelächter.)

Ministerialdirektor Schwartkopf: Herr Schiffer hat selbst zugegeben, daß sein Ideal, 1800 Mark Anfangsgehalt, für heute nicht zu erreichen ist. Mit diesem Wechsel auf die Zukunft ist uns hier aber wenig geschossen; es kommt darauf an, was jetzt zu leisten möglich ist. Herr Schiffer steht auf dem Standpunkt des gegenwärtigen Systems: gesetzlich fixierte Mindestgehälter und im übrigen freie Bewegungen der Gemeinden. Die Vertreter der andern Parteien wünschen dagegen für jetzt ein Einheitsgehalt für Stadt und Land. Zwischen diesen beiden Bestimmungen hat die Regierung zu vermitteln gesucht, indem sie die Mindestgehälter nach Möglichkeit erhöht hat und für die Bewegungsfreiheit der Gemeinden nur eine gewisse Grenze festgelegt hat. Ein allen Interessen gerecht werdendes Lehrerbefoldungsgesetz ist eine Unmöglichkeit; wir müssen uns auf einer mittleren Linie bewegen. Den Wünschen der Lehrer nach einem Einheitsgehalt steht gegenüber der Wunsch der Gemeinden nach freier Bewegungsmöglichkeit. Die Staatsregierung schaut durchaus die Selbstverwaltung der Gemeinden, sie weiß, was sie dieser Selbstverwaltung zu danken hat. Es besteht aber auch ein gewisses Bedürfnis nach Ruhe auf dem Gebiete der Lehrerbefoldungsfrage.

Abg. Freiherr von Zedlitz (freikons.): Die Vorlage ist zweifellos für die Entwicklung unserer ganzen Volksschule von entscheidender Bedeutung. Es fragt sich, ob wir auf dem bisher beschrittenen abschüssigen Wege fortfahren sollen. Die jetzt vorhandene beklagenswerte Ungleichheit der Lehrergehälte auf dem Lande und in den großen Städten wird leider durch die Vorlage verewigt. Die Motive der Landflucht der Lehrer werden noch verschärft werden, wenn alle Lehrer in Städten über 25 000 Einwohner 200 bis 750 Mark Zulage erhalten. Dadurch werden die Lehrer in kleinen Städten und auf dem Lande zu Lehrern zweiter Klasse degradiert. (Sehr richtig! rechts.) Andererseits ist der Unterricht in den Großstädten; zweifellos schwächer als er aber unbedingt in den ein- und zweiklassigen Schulen. (Sehr richtig! rechts.) Nur bei ganz dringendem Bedürfnis dürfte von dem Normalgehalt abgewichen werden.

Abg. Cassel (Freif. Vp.): Die große Mehrheit der Volksschullehrer ist durch die Vorlage schwer enttäuscht. Wir werden alle Bestrebungen, das Grundgehalt sowie die Alterszulagen nach Möglichkeit zu erhöhen, energisch unterstützen. Der Herr Ministerialdirektor hat sehr anerkennende Worte für die Selbstverwaltung der Städte gefunden. Wir wissen ja, daß solchen schönen Worten meist keine Taten folgen. Im übrigen ist doch die Selbstverwaltung in Preußen für die Städte über 25 000 Einwohner gegeben worden. Die Leistungsfähigkeit der Städte richtet sich auch keineswegs immer nur nach der Einwohnerzahl; auch in kleineren Städten kann die Erhöhung der Normalgehälter sehr wohl notwendig und möglich sein. Nach einer Statistik des Preussischen Lehrervereins würde sich nach diesem Gesetz das Gehalt der Lehrer in Städten von unter 25 000 Einwohnern in über 300 Fällen erniedrigen. (Hört, hört! links.) Gewiß kann den jetzt angestellten Lehrern das Gehalt nicht verkürzt werden, aber es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn die neu angestellten Lehrer mit noch niedrigeren Gehältern zu rechnen haben als die jetzt angestellten. Auf alle Fälle muß den Gemeinden das Recht gewahrt werden, die Gehälter zu erhöhen. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage trägt einen durch und durch agrarischen Charakter. (Gelächter rechts.) Mir diesem Gesetz kann Preußen moralische Eroberungen nicht machen. (Beifall links.)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Lehrerbefoldungsgesetz.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Parteibewegung.

Ein Gemeindevahltag. Bei den Gemeindevahltagen in Hochim bei Frankfurt a. M. zeigte der sozialdemokratische Kandidat mit 33 Stimmen über die gesamten bürgerlichen Gegner.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hält ihre erste Fraktionsitzung im beginnenden Tagungsbeamt des Freitags am nächsten Mittwoch, mittags 12 Uhr, vor Beginn der Dienstsitzung ab.

3. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 255.

Magdeburg, Freitag den 30. Oktober 1908.

19. Jahrgang.

Das Leben der Gletscher.

Aus dem Grunde der hochgelegenen (bis 5000 Fuß über dem Meere) noch bewohnten Alpentäler aufsteigend in die Region der Gletscher, sieht man Bewegung und organisches Leben mehr und mehr abnehmen, bis man endlich auf dem Eise der höchsten Täler und Dobel des Hochgebirges anlangt, über der Grenze der Vegetation, wo man nichts mehr sieht als Schnee, Eis und Felsen, sich in einer lautlosen Einöde befindet.

Auf den tiefer liegenden Teilen der Gletscher und innerhalb des Bereichs des Pflanzentwachstums sieht man mit Freuden an ihrem Rand, auf den umgebenden Felsen eine durch Schönheit und Reichthum ausgezeichnete Flora. Eis und Blumen nebeneinander. Der kleine Stengel der Alpenpflanzen über der Erde trägt Blumen, die im Verhältnis zur ganzen Pflanze gewöhnlich sehr groß sind. Kaum ist der Schnee geschmolzen, selbst teilweise noch in der Nähe, und doch hat die Alpenpflanze schon Blumen. Sie eilt in ihrer Entwicklung, um den außerordentlich kurzen Sommer zu benutzen. Diese Blumen zeigen die schönsten, reinsten und nur ungemischte Farben. Vergleicht man die schneeweiße reine Farbe der Steinbrecharten (*Saxifraga*), das schönste Himmelblau des Alpenglöckchens (*Soldanella*), das Blau des Zwergbergglockennichs (*Myosotis nana*), die schönste rosarote Farbe der Primulaarten, die rein gelbe Farbe des Alpenmohns (*Papav. alp.*) mit den Farben der Blumen der Ebene, so ist es augenfällig, wie unrein im allgemeinen diese gegenüber jenen sind.

Die schöne Alpenflora in der Gletscherregion gewinnt noch ein erhöhtes Interesse durch den starken Gegensatz zwischen den Pflanzen und ihrer Umgebung. In die nackten, starren Felsen, an die ausgedehnten weißen Schneefelder und an die bläulichen Eismassen der Gletscher schließen sich unmittelbar die kleinen, zierlichen Kräuter mit ihren Blumen von den schönsten und reinsten Farben an. Die Alpennatur verbindet das Liebliche mit dem Hauber ihrer Majestät.

Die Stille auch dieses unteren Teiles der Gletscherregion wird bisweilen durch das Pfeifen des schneuen Murmeltiers unterbrochen. Das Alpenschneehuhn sieht man bisweilen mit gefälliger Behendigkeit am Rande des Eises und über Schneeflächen hinlaufen. Selten ruht die Alpenkrähe auf den Steintrümmern einer Moräne aus. Zwischen den Blöcken und in dem erdigen Schutte der Guffern der Gletscher erhält sich jedoch immer noch eine kümmerliche Flora.

Aber selbst das kalte, starre Gletschereis ist auf seiner Oberfläche, ja selbst bis auf eine gewisse Tiefe nicht unverträglich mit der Entwicklung des organischen Lebens. Desor fand 1839 zuerst auf dem Gornhorn-Plateau am Monte Rosa kleine Insekten, und später, 1840, dieselben auch auf dem Unter- und Oberaargletscher, unter Verhältnissen, welche beweisen, daß diese Tierchen wirklich auf und in dem Gletschereis wohnen. Man findet sie zu Tausenden unter Steinen, die auf dem Eise liegen, und ist erstaunt, mit welcher Behendigkeit dieselben, die etwa die

Größe eines Flohes haben und Sprünge wie dieser machen, in das scheinbar dichteste Eis hineinschlüpfen. Schlägt man ein Eisstück los, in das sie eingedrungen sind, so sieht man sie darin wie die Blutflügelchen in den Gefäßen herumlaufen. Diese Tierchen gehören zu der Familie der Gabelspringer, bilden das Geschlecht *Desoria* und haben nach ihrem Wohnort den Namen *Eisdesoria* (*Desoria glacialis*).

Die Familie der Gabelspringer umfaßt eine Anzahl kleiner, meist schlanker, flügelloser Insekten, die man an feuchten Orten, auf dem Wasser und, wie wir durch das Kennntnis erhalten haben, selbst auf Schnee und Eis in großen Haufen zusammen findet. Der Kopf ist stets deutlich abgesetzt, dreieckig oder etwas länglich, abgerundet und mit deutlichen borstenförmigen, kurzen, meist viergliedrigen Fühlern versehen, hinter denen auf vortragenden Wülsten jederseits sechs bis acht einfache Augen zu einer Gruppe vereinigt sind; die Mundwerkzeuge werden von zwei großen Lippen gebildet, welche die Mundöffnung gänzlich schließen und die eigentlichen Kauwerkzeuge bedecken. Diese bestehen aus zwei starken gezähnten Kiefern und zwei häufig gekrümmten, ebenfalls gezähnten Kinnladern, mittels deren die Tierchen ihre Nahrung, zarte Pflänzchen und faulende Pflanzenteile, zer kleinern. Der ganze Körper ist mit einzelstehenden Haaren und sehr feinen, oft metallglänzenden Schüppchen bedeckt, die sich sehr leicht abstreifen. Die Füße sind meist schlank und behaart. Die *Desoria* ist tief-schwarz, stark behaart mit kurzen weißlichen Borsten und hat sechs Füße. Außerdem besitzt sie, wie die meisten Gabelspringer, ein höchst eigentümliches Bewegungsorgan in Gestalt zweier gabelförmig gestellter Borsten, die am hinteren Gliede des Unterleibes auf einem besonderen Gelenkknopf stehen. Gewöhnlich wird diese Springgabel beim Gehen wagerecht nach hinten gestreckt; sobald aber das Tier springen will, schlägt es die Gabel unter den Bauch, und indem es sie plötzlich wie eine Feder loschnellen läßt, schleudert es sich oft fußweit fort.

Eine andre interessante Form des organischen Lebens in den Regionen des ewigen Schnees und Eises sind die Tierchen des roten Schnees. Saussure hat wohl zuerst die Aufmerksamkeit auf denselben hingelenkt. Er fand ihn in den Alpen mehrmals am St. Bernhard und am Mont Breven. Die erste genaue Untersuchung darüber stellte im August 1839 Schüttelworth auf der Grimsel an. Dabei ergab sich, daß die Hauptmasse der den Schnee rot färbenden Substanz durch *Infusorien* gebildet wird, welche in dem schon länger an der Luft liegenden Schnee leben und sich fortpflanzen. Sie bilden oft weit ausgedehnte Flecken auf dem Schnee, die vom blassen Rosenrot bis zur dunkeln Blutfarbe wechseln, und breiten sich in Jahren, die ihrer Entwicklung günstig sind, zuweilen so sehr aus, daß die Schneehalden schon aus weiter Ferne in gelblich-roter Farbe erscheinen. Anfangs ist die Färbung nur oberflächlich; häufen sich aber die Tierchen an, so dringt sie mehr oder weniger tief in den Schnee ein, oft bis auf mehrere Fuß. Mit jedem Sommer scheint sich die Färbung auf derselben

Stelle immer wieder aufs neue einzustellen. Das Tierchen ist ein *Müffelinus*, gehört zu der Gattung *Discosira* und wird mit dem Namen *Discosira nivalis* bezeichnet. Es tritt in verschiedenen Entwicklungsstufen auf, ist im erwachsenen Zustand eiförmig, von dunkelbraunroter Farbe und mißt höchstens 1/10 Millimeter. In der neuesten Zeit hat man im roten Schnee der Alpen, bei genauer Untersuchung, ein zweites organisches Gebilde wahrgenommen, dessen räthselhafte Organisation es unentschieden läßt, ob dasselbe zu den Tieren oder zu den Pflanzen zu rechnen ist. Es besteht aus einer dunkelroten, ins Blaue oder Braune spielenden Kugel, auf welcher eine Menge Fortsätze stehen, die hell und durchsichtig, konisch oder pyramidale Form haben und diesem Organismus das Ansehen einer Rosette geben.

Ein drittes organisches Wesen des roten Schnees erscheint in kleinen Büscheln von länglichrunder Gestalt, bräunlicher, gelblicher oder grünlicher Farbe, in denen man zwei hellere Punkte unterscheidet. Weitere Organisation und eine Bewegung wurde daran nicht wahrgenommen. Somit weiß man noch nicht, ob es ein Tier oder ein Alge ist.

Endlich erscheint noch als ein häufiger Gast im roten Schnee eine Varietät der *Philodina roseola* Ehrenberg, die von der gewöhnlichen in Brunnenwassern und Dachtraufen vorkommenden Art sich nur dadurch unterscheidet, daß sie nicht wie diese orangegelbe, sondern ungefärbte Augen hat. Im Innern des Eierstocks dieses schönen Käbertierchens sieht man oft unentwickelte Eier von dunkelroter Farbe.

Die roten Kugeln, welche man früher im roten Schnee neben den Infusorien unterschied, für Algen hielt und *Protococcus* nannte, sind nichts anderes als Eier von der *Discosira nivalis*.

Das Leben einer zahllosen Menge mikroskopischer Tiere im Schnee, in einer Temperatur, die meist unter Null steht, ist selbst noch in größerer Kälte, da Kapitän Barry im hohen Norden, dicht am Kap Sibiria unter 75 Grad 54 Minuten nördlicher Breite, den Schnee auf große Strecken rot gefärbt sah, ist eine Tatsache, die man früher kaum ahnte. Sie zeigt uns, wie selbst der ewige Schnee das organische Leben nicht ganz ausschließt, und daß dieses auch noch im Eise besteht, davon belehrt uns die *Eisdesoria*.

H. Balthner.

Bermischte Nachrichten.

* Vom Ruff. Ein Herbst, wie er uns so herrlich in langen Jahren nicht beschieden gewesen ist, hat uns über das Hervanmahen des Winters getäuscht. Doch nun beginnt die Temperatur zu sinken, Winterhauer wehen uns an, und die Hände der Frauen verlangen heute ebenso nach dem Schutze des wärmenden Pulles, wie schon vor Jahrhunderten, als das neue Toilettenstück, das in Venedig das Licht der Welt erblickt haben soll, seinen Weg an den Hof Heinrichs 8. von Frankreich fand. Dort wurde der Ruff von beiden Geschlechtern willkommen geheißen. Der königliche Weichling trug ihn ebenso wie seine „Mignons“ an einer um den Hals gelegten Schnur, die man im 17. Jahrhundert „Passecaille“ nannte. Zur Zeit der „Précieuses“ erhielt der mittler-

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Die Pfastermeisterin.

Roman von Alfred Bod.

(8. Fortsetzung.)

Die Einhornwirtin und ihre schöne Tochter trugen die dampfenden Schüsseln auf. Die Männer erlabten sich an der schmackhaften Kost und setzten einen tüchtigen Trunk darauf. Erst nachdem sie abgeessen hatten, rückte die Wirtin ihren Stuhl heran, indessen Lina bescheidenlich am Schanktisch stehen blieb. Der Aufseher gab zuerst ein paar Schnurruhen aus der Stadt zum besten. Dann sprang die Unterhaltung auf Diebstahlverhältnisse über. Die Wirtin meinte, seitdem die meisten Leute aus dem Ort in die Fabriken gingen, sei ein ganz neuer Ton aufgekommen.

Die Familien hielten nicht mehr so zusammen wie früher, die Huben und Mädchen, die noch nicht trocken hinter den Ohren waren, bekamen eine Menge Geld in die Finger. Gegen die Eltern waren sie auffällig. Tag für Tag saßen sie mit ihren grasgrünen Gesichtern in den Arbeitsjälen zusammen. Abends auf dem Heimweg wurden Dummheiten gemacht.

Aller Zucht und Gesittetheit fühlte man sich ledig. Es fiel schon längst nicht mehr auf, wenn ein Mädchen ohne Kranz an den Traualtar ging. So weit war's gekommen. Der Pfarrer donnerte von der Kanzel herunter gegen das Luderleben und die wachsende Lotterie, aber er predigte tauben Ohren.

Der Aufseher, der Optimist war und die Jeremiade der Einhornwirtin sehr gelassen angehört hatte, sagte mit einem Anflug von Ironie:

„No, Frau Roth, und Ihr Bürgermeister? Warum schlägt der dann nicht mal mit Keulen dazwischen?“

„Der Bürgermeister?“ erwiderte die Wirtin bitter, „der läßt Gott 'nen guten Mann sein, wann seine Scheuern nur voll sind. Gehn Sie mir weg mit dem. Der tralatücht da und dort herum, horcht die Leut' aus und legt ihnen hernach den Spannstrich um. Das Zusätzeln versteht er. Umsonst ist er nicht der reichste Mann im Orte. Wir sind ja verwandt miteinander. Wer nicht nach seiner Pfei-

lanzt, kriegt 'nen Stumper. Wie's bei meinem Mann aufs letzte ging, hat er den Bürgermeister rufen lassen und hat ihn angegangen, er möcht uns beistehn, wann er nicht mehr da wär, weil wir Weibskleit' doch nicht so viel von der Wirtschaft verstehn täten. Raum hat mein Mann die Augen zugemacht, kommt mein Bürgermeister her und bittet mir für meine ganze Sach' ein Schandgeld. Den Einfluß soll ich behalten. Die Lina soll sich wieder vermieten, meint er. Da hab ich mich mit Händ' und Füß' gewehrt. Ich wollt mein Eigentum nicht verkümmeln. Selbigmaß ist der Bürgermeister zornrot fortgerannt. Und hat ein' Haß auf mich geworfen und heßt und verred't's den Leut', daß sie in die Wirtschaft kommen.“

„Teufel,“ fuhr der Aufseher auf, „das ist ja ein ganz gefährlicher Mensch. Meiner Seel', hab ich gar nicht gewußt.“

„Natürlich, wann der mit dem Herr Aufseher spricht, ist er glattzünftig bis doraus. No, dessentwegen hat er uns doch nicht verquetscht. Freilich haben wir unsre Last. Die Finjen drücken einen, und es wird uns sauer, bis wir unser paar Wecker in Ordnung haben. Wo alles jetzt in die Fabriken läuft, kriegt man für Geld und gute Wort' noch feins.“

„Ei zum Knuck, Frau Roth, spannen Sie nur einen tüchtigen Mann hier vor. Da gib't's nur ein Rezept. Die Lina muß heiraten.“

Das Mädchen lächelte und sagte unbefangen: „In so Sachen ist kein 'Ruß', Herr Aufseher.“

„Da hör'n Sie's,“ brach die Wirtin los. „Freilich, wann man so schneubig ist. Für die Lina läßt unser Herrgott noch ein' extra haften.“

„Nur steh, Frau Roth,“ begütigte der Aufseher. „Der Lina schlodert eines Tages auch das Herz. Mag sie sich sträuben, soviel sie will. So was kommt über Nacht. Und dann brennt sie lichterloh.“

Die Männer zahlten ihre Besche und erhoben sich. Friedmar hatte an dem Gespräch nicht teilgenommen, ja nur mit halbem Ohre gelauscht. Auf dem Wege zum Arbeitsplatz bejaunt er sich, wo ihm das Mädchen im Dorfe be- gegnet sein könne. Sie hatte ihn gleich erkannt. Und die mußte einem doch in die Augen stehen. Er hatte zwar für die Weibskleit' nie einen rechten Blick gehabt. Aber die! Donnerkil! So sauber wie aus dem Kästchen ge-

nommen. Und anständig. Wie die sich bloß herumdrehte. Da fiel sich eine andre schon den Arm aus dem Gelenk. Ein Staatsmädchen! So was zum Knuspern. Die Schnauz' gehalten. Die war doch zu fittig für so dumme Spaß'. Wenn der ein Klappsch zu nahe kam, hatte er seine Ohr- feige weg. Aber was ging ihn denn das Mädchen an? War er oben nicht ganz klar, daß er sich mit seinen Gedanken auf einmal da festbohrte? Er hatte sein Teil daheim, und damit basta. Gerade das Gleichmütige und Gesehete, was die Meisterin an sich hatte, das schickte sich für ihn auch. Die Burtschenzeit hatte er verpaßten müssen. Jetzt war er gut untergetrocknet und konnte Gott danken dafür. Sonderbar! Wie die Einhorn-Lina vorhin am Schanktisch stand, hätt er aufjauchzen und sie herum- schwenken mögen. So was Junghaftes war über ihn ge- kommen. Poffen! Als ob er nicht wüßte, was er seiner Meisterchaft schuldig war. Sollt er der Meisterin was verzapfen, wenn er abends heimkam? Lieber nicht. Die kannte ihn nur als ernsthaften Mann und tät sprechen: Friedmar, du bist nicht recht bei Groscher.

Im andern Tage war Friedmar anfangs schwankend, ob er dem „Stern“ treu bleiben oder ob er im „Einhorn“ Mittagstisch halten solle. Der Sternwirt war ein grober Patron, und seine Suppe schmeckte wie Spülwasser. Friedmar hatte keine Rücksicht auf ihn zu nehmen. Wo er sein Geld verzerhte, konnte ihm gleich sein. Der Aufseher war ein gescheiter Mann. Der sagte: „Wer seine schwere Arbeit hat, muß etwas zusehen können. Und ein gutes Essen schlägt an.“

Friedmar entschied sich für das „Einhorn“. Die Wirtin sah ihn gern wieder einkehren. Für das Mittagstisch wurde der ortsübliche Preis auf eine gewisse Zeit hinaus vereinbart. Friedmar gab bei besserer Verpflegung keinen Pfennig mehr aus als im „Stern“. In den ersten Tagen setzten Mutter und Tochter dem jungen Meister die Gerichte vor und aßen dann später an besonderm Tisch. Friedmar meinte, man könne das doppelte Anrichten sparen. So hielten sie künftig ihren Mittag selbst. Wenn abgedeckt war, zog sich die Alte in die Küche zurück und machte da ihr „Räderchen“. Ihre Tochter mochte immerhin dem Meister Gesellschaft leisten. Da war nichts dabei. Der war ja ein „geheirater“ Mann.

(Fortsetzung folgt.)

fuhr er mutig in seiner Rede fort. Bei jedem neuen Worte krummten sich die Zuhörer vor Lachen und weinten bittere Tränen vor Freude. Die ernstesten Stellen der Rede, die feierlichsten Betrachtungen lösten die denkbar größte Heiterkeit aus. Schließlich verzichtete Seabed darauf, sich diesen plötzlichen Ausbruch von Massenwahnstimm erklären zu wollen, und hielt tapfer seine Rede zu Ende, während der Schüler auf glühendem Eisen zu sitzen glaubte, der Ohnmacht nahe war und sein halbes Leben dafür hingegeben hätte, wenn er in diesem Augenblick zu den Antipoden hätte veretzt werden können. Und das Resultat dieser Wahlrede war, daß die Stadt Sudbon eine glänzende republikanische Majorität hatte, wahrscheinlich aus Dankbarkeit für das genossene Vergnügen: In der Provinz hat man selten ein gutes Theater.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 28. Oktober 1908.

Im Strafrecht. Der Arbeiter Wilhelm Reinhardt zu Burg, geboren 1886, jetzt Soldat, geriet am 12. Juli mit dem Arbeiterinvaliden Tisch in Wortwechsel, schlug ihn mit den Fäusten, warf ihn zweimal in die Hölle und bedrohte ihn. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten am 16. September wegen Körperverletzung und Bedrohung zu 3 Wochen Gefängnis. Die Berufungskammer hob das Urteil auf und erkannte wegen Körperverletzung und Beleidigung auf 50 Mark Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängnis.

Mundraub. Der Arbeiter Albert Welsch zu Burg, geboren 1878, war in Stellung auf dem rädtischen Schlachthof dajelbst. Er öffnete am 10. August d. J. die Milchhalle mit einem falschen Schlüssel, erbrach dann die Milchzelle des Fleischermeisters Döhl und stahl daraus eine Brust sowie 2 1/2 Pfund Schweinefleisch, womit er betroffen wurde. Die Kammer nahm nur Mundraub als vorliegend an und verurteilte den Angeklagten zu 6 Wochen Haft.

Beamtenbeleidigung. Der Zimmermann Ferdinand Haase zu Burg, geboren 1876, wurde vom Schöffengericht am 16. September

d. J. wegen Mißhandlung und Beamtenebeleidigung zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Er stand am 5. Juli d. J. mit andern Personen an einer Eisenbahnstation, die geschlossen war und plötzlich unbefugt geöffnet wurde. Als der Hilfsweichensteller seine Personalien feststellen wollte, soll Haase ihn durch Redensarten beleidigt und mit der Faust in das Gesicht geschlagen haben. Die Berufungskammer ermäßigte die Strafe auf 30 Mark Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängnis.

Urkundenfälschung und Betrug. Der Holzhändler Paul Behrendt von hier, geboren 1880, bezog im Dezember 1907 von der Firma Hermann Wolf in Stettin Holz zum Preise von 315 Mark und gebrauchte in den Bestellscheinen vom 30. November und 5. Dezember 1907 als Unterschrift die bereits gelöschte Firma seines verstorbenen Vaters. Zahlung hat Behrendt nicht geleistet, da er vermögenslos ist und auch bereits den Offenbarungseid geleistet hat. Der Angeklagte wird wegen schwerer Urkundenfälschung in Verbindung mit Betrug zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Marktberichte.

Magdeburg, 28. Okt. Die heutigen Marktpreise waren: Erbsen, gelbe zum Kochen 22,00—25,00. Speisebohnen (weiße) 22,00 bis 34,00. Linen 20,00—42,00. Kartoffeln 4,50—7,00. Rindfleisch 4,00—4,50. Rindfleisch 3,00—3,50. Schweinefleisch 6,00—7,00. Alles für 100 Kilo. Rindfleisch im Großhandel 1,08—1,28, von der Krute 1,50—1,60, Bauchfleisch 1,30—1,40. Schweinefleisch 1,40 bis 1,60. Kalbfleisch 1,40—1,70. Hammelfleisch 1,40—1,70. Speck (geräuchert) 1,50—1,80. Eibutter 2,80—2,80. Alles für 1 Kilo-gramm. Eier für 60 Stück 4,40—5,20.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.		Fall		Wuchs	
Fier, Eger und Moldau.	28. Okt. — 0.01	27. Okt. — 0.10	0.09	—	—
Jungbunzlau	— 0.43	— 0.41	—	0.01	—
Saun	— 0.20	— 0.20	—	—	—
Budweis	—	—	—	—	—
Prag	—	—	—	—	—

Anst. und Gewin.		Anst. und Gewin.	
Braunkohl	27. Okt. + 0.80	28. Okt. + 0.85	0.05
Beigeholz Untp.	— 0.18	— 0.18	—
Ertha	+ 1.88	+ 1.40	0.02
Wisteben	+ 0.92	+ 0.91	0.01
Bernburg	+ 0.52	+ 0.50	0.02
Galbe Oberpegel	+ 1.36	+ 1.34	0.02
Galbe Unterpegel	+ 0.02	— 0.04	0.06
Wälbe.			
Deffau, Mittelbr.	27. Okt. — 0.36	28. Okt. — 0.35	0.01
Eise.			
Barubitz	26. Okt. — 0.72	27. Okt. — 0.74	0.02
Brandeis	— 0.37	— 0.40	0.03
Rehmit.	+ 0.14	+ 0.18	0.04
Reimeritz	— 0.73	— 0.73	—
Kuffig	27. — 0.44	28. — 0.46	0.02
Dresden	— 1.90	— 1.90	—
Zorgau	— 0.15	— 0.16	0.01
Wittenberg	+ 0.72	+ 0.74	0.02
Köblau	+ 0.16	+ 0.13	0.03
Barby	+ 0.28	+ 0.28	—
Schönebeck	+ 0.06	+ 0.04	0.02
Magdeburg	28. + 0.48	29. + 0.48	0.03
Langermünde	27. + 0.76	+ 0.75	0.02
Wittenberge	+ 0.53	+ 0.56	0.03
Proba-Dömitz	+ 0.05	+ 0.02	0.03
Lauenburg	+ 0.10	+ 0.09	0.01

Aus dem Geschäftsverkehr.

Rennerbericht. Hamburg. Wiederum war am letzten Sonntag die Marke Bremmador bei dem Rennen im hiesigen Velodrom die erfolgreichste. Den Großen Hannoverpreis (Stundenrennen) gewann H. Scheuermann. Das Hauptjahren sah den Berliner Reinfahrer Wegner als Ersten, während im Brämienfahren und Meilenrennen der erfolgreiche Charlottenburger Flieger Peter jeweils den ersten Platz belegte. 1423



Gieb dich men
keens Möhe
die krigst de
nicht kaputt
die ist von
Friedel Finke!

D. R. W. Z. 57726

Ehrentfried Finke
Magdeburg, 125 Breiteweg 126

Groß-Ottersleben, Große Schulstraße 2

Arbeitskleidung für jeden Beruf!

Spezialität	
Lederhose „Eisenfest“ in allen Farben, anerkannt beste und bewährteste Qualität	4.50
Lederhose „Extra“ vorzüglich im Tragen	4.00
Lederhose „Prima“ außergewöhnlich gut und billig	3.75
Lederhosen in verschiedenen Preislagen	3.00 2.50
Manchesterhosen 8.00 6.00 5.00 4.00	3.50
Dreihosen 2.50 1.75	1.25
Arbeits-Jackets und -Westen in jeder Preislage	1.00
Arbeits-Blusen für Hausdiener und Kutscher	1.75 1.50 1.30
Arbeits-Blusen für Maurer	2.80 2.60 2.40 2.20
Arbeits-Blusen für Fleischer	2.80 2.60 2.40
Arbeits-Schürzen	1.00 75
Malerkittel bewährte Qualitäten	3.00
Setzer- und Mechanikerkittel in bekannten Preislagen	1.95
Monteur-Anzüge	6.50 4.75 4.25 3.65 3.30 2.90 2.50
Koch- und Konditor-Jacken	
Kellner- und Friseur-Jackets	
Koch-, Konditor-, Fleischer-Schürzen und Mützen außerdem	
Unterzeuge, Jagdwesten	
Müte, Mützen, Schirme, Stöcke	
Rucksäcke, Nosenträger.	

Vorstehend offerierte Qualitäten sind auch in allen kleineren Grössen für Lehrlinge zu entsprechend billigen Preisen am Lager. Für besonders korpulente und auch schlanke Herren Lagervorrat ev. Anfertigung nach Mass unter kulantem Bedingungen.

Lehrlings-Kleidung für jeden Beruf passend

Seltener Gelegenheitskauf!

Ein grosser Posten neuester

Kleider-Velours!

Velour-Krepp in modernsten Schottenmustern	sonstiger Preis 58 Pf. jetzt Meter	48	und	35	Pf.
Velour, einseitig	sonstiger Preis 53 Pf. jetzt Meter	38	Pf.		
Velour, Prima in großer Muster-Auswahl	sonstiger Preis 73 Pf. jetzt Meter	58	Pf.		
Samt-Velour in modernsten Mustern und Bordüren	sonstiger Preis 98 und 88 Pf. jetzt Meter	68	und	75	Pf.

Ein Posten Kleiderstoffe

einfarbig, in Cheviots, Krepps, Chevrons usw.
jetzt Meter **1.48 1.25 95 85** Pf. Nur solange Vorrat.

Bazar-Magdeburg

Jakobs- und Peterstraßen-Cafe.

Seltener Gelegenheitskauf!

Zu herabgesetzten Preisen

- empfehlen wir:
- Der Krieg von 1870-71 (Der Zusammenbruch) Roman von Emile Zola, illustriert, geb. statt M. 12.00 nur M. 5.00
 - Geschichte der Prostitution 3 Bände, brosch. statt M. 30.00 nur M. 20.00
 - Jean Jaurès, Aus Theorie und Praxis brosch. statt M. 3.00 nur M. 1.50
 - Max Schippel, Amerika und die Handelsvertragspolitik brosch. statt M. 2.00 nur M. 1.60 geb. 3.00 1.50
 - Die Entwicklung zum Sozialismus von Professor Emile Vandervelde brosch. statt M. 3.00 nur M. 1.50

Am Anfang des Jahrhunderts

- diverse Heft, statt à 30 Fig. nur à 20 Fig.
1. Kulturelle Umwälzungen im 19. Jahrhundert.
 2. Die soziale Bewegung im 19. Jahrhundert.
 3. Der Militarismus im 19. Jahrhundert.
 4. Die Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert.
 5. Nationalismus und Internationalismus im 19. Jahrhundert.
 6. Die Naturgeschichte im 19. Jahrhundert.
 7. Die hygienische Kultur im 19. Jahrhundert.
 8. Die Medizin im 19. Jahrhundert.
 9. Liebe und Ehedesleben im 19. Jahrhundert.
 10. Die Prostitution im 19. Jahrhundert.
 11. Die Frau im 19. Jahrhundert.
 12. Aberglaube und Mythos im 19. Jahrhundert.
 13. Die Soziologie im 19. Jahrhundert.

Verhandlung Volksstimme, Gr. Münzstr. 3

Billige Schuhwaren

Riesenauswahl!

für Herbst und Winter!

Riesenauswahl!

Filzpantoffel in 50 verschiedenen Ausführungen 1.10 85 50 Pf.
Kinder-echt Ziegenlederstiefel warm gefüllt, Schnür- und Knopf- 2.75 1.75
Lederhausschuhe warm gefüllt, Ledersohle und Fled 2.90 1.95

Filzschuhe mit und ohne Ledersohle, mit gutem warmem Futter 2.50 1.70 1.50
Damen- u. Herren-Lederstiefel warm gefüllt, versch. Ausf., weich. Led. 7.50 6.50
Plüschschuhe warm gefüllt, Ledersohle und Fled 1.55 1.35

Kinder-Filzschuhe in allen Ausführungen von 60 Pf. an
Knaben- und Mädchen-Stiefel warm gefüllt 5.00 4.50 3.50
Kinder-Plüschschuhe sehr stark gefüllt 1.25

Die beliebten Kamelhaarschuhe für Herren, Damen und Kinder, in 20 verschiedenen Ausführungen, sehr warm, leicht, angenehm 3.00 1.75 1.25 95 Pf.

Die beliebten Filz-Schnallenstiefel in 30 verschiedenen Ausführungen, für Herren, Damen u. Kinder, mit u. ohne Ledersohlen, mit Pelz u. Plüschfutter u. mit Lederbesatz 4.50 3.20 2.90 2.00 1.50

Herren- und Damen-Chevreau-, Boxcalf- und Chrombox-Stiefel in 15 verschiedenen Ausführungen und Formen, garantiert haltbar 7.50

Herren- und Damen-Stiefel, echt Boxcalf u. Chevreau beste Qualität, neue Formen 10.50 9.75 9.50

Grosse Auswahl in Kinder-, Mädchen- und Knaben-Stiefeln

Bekannt billige Preise!

Streng feste Preise!

Jedes Paar ist deutlich mit Auszeichnung versehen.

Schuhhaus Mastig & Co. ♦ 14 Alter Markt 14.

Achten Sie genau auf unsere Firma!

1618

Neueinführung Sammel-Bons!

Aus dem überaus großen Erfolg meiner jüngsten Ausnahmetage läßt sich der Schluß ziehen, daß einerseits meiner in Qualität und Wohlgeschmack unerreicht dastehenden Rahm-Margarine

Westfalenkrone

das beste Renommee vorausging, ferner wohl auch, wie hoch das Publikum die betr. Apfelbeigabe aufgenommen hat. — Um nun meiner Westfalenkrone weiteren dauernden Eingang in sämtlichen Kreisen der geehrten Hausfrauen zu verschaffen, habe ich mich entschlossen — „Getreu dem vollen Geschäftsprinzip, daß großer Umsatz und kleinster Nutzen stets für Käufer und Verkäufer volle Befriedigung gewährt“ — trotz des bereits sehr niedrigen Preises von

90 Pf. pro Pfund und 5% Rabattmarken

meinen werthen Abnehmern von heute an noch einen Extra-Rabatt zu gewähren, indem ich bei Entnahme von 1/2 Pfd. an

Sammel-Bons

angebe, welche dann in Höhe von 10 Pfd. in meinen sämtlichen Geschäften gegen

3 Pfund Tafel-Aepfel oder 1/2 Pfd. garant. reinen Kakao

eingetauscht werden. Ich darf mich wohl der angenehmen Hoffnung hingeben, daß die verehrlichen Hausfrauen aller Kreise,

ihren eignen Vorteil wahrnehmend,

von meinem heutigen Angebot einen Massengebrauch machen werden.

A. H. Völker

Feinschnecker 1406 Butterhandlungen Feinschnecker 1406
 Jakobstrasse 5, Jakobstrasse 21, Jakobstrasse 26,
 Grünearmstrasse 9/10, Breiteweg 252,
 Wismarstadt, Butterhandlung Alpenrose, Annestr. 22.

Kanonenöfen

Ofenrohr, Kohlenkasten und
 Ascheneimer billigt bei 1582
 C. Seeger Nachf. (W. Dessmann)
 Soltenburg, Halberstädter Str. 109.
 Reparaturen aller Art
 werden billigt ausgeführt. D. D.



Kostümröcke u. Blusen

bis zu den elegantesten sportbillig
 nur Gustav-Adolf-Str. 29, pl.



Solide Haus- und Küchengeräte Lampen

mit vorzüglichen Brennern
 am besten preiswert.
 Sämtliche Ersatz-
 teile einzeln.
 Otto Janoschek
 vorm. C. Marquardt
 Gr. Zaukerstr. 6a
 der „Bundener Bier-
 halle“ gegenüber.

Zimmer- und Treppen- Linoleum

großes Lager u. billige Preise
 Treppenschienen St. 18 Pfg.

250 Ballen Tapeten

aparte Neuheiten, Gelegenheitskauf,
 für den kalten Preis.

9 Königshof 9

Carl Baring Nachf.

Inhaber: J. Husslein

Strümpfe

Billigste, selbstgeknüpfte
 bei F. March, Breiteweg 93, I.

Selma Typky Schmidtstrasse 47

Grosse Auswahl in

Damen- und Kinderhüten

insamt geschmackvoll bei billigsten
 Preisen 1379



Ich bitte um Besichtigung meiner Ausstellung!

Modernisieren schnell und preiswert!

A. Typky

Magdeburg-Neustadt, Schmidtstraße 40a.

Möbel, Spiegel u. Polstertwaren

in größter Auswahl, reell und preiswert, zu den kulantesten
 Bedingungen. — Auch auf Teilzahlung.

Grosses Lager fertiger Särge
 in allen Größen. 1380

Littauers Billigere Stiefel-

Preise bei 1290
 W. Mühe, N. Neustadt
 Sundsbürger Straße 30.

Schleuder-Ausschnitt

alle Schuhmacher-Bedarfsartikel
 1395 empfiehlt billigt
 L. Köhler, Sudenburg
 Halberstädter Straße 56

Empfehle meine
Hauschlachte-Wurstwaren.
 Jeden Donnerstag:
Frische Wurst.
 Täglich frisches Schweinefleisch-Gehacktes
 Swabland ff. Knoblauchwurst u. Jauersche.
J. Martens 1742
 W.-Neustadt, Lübecker Strasse 99.

Burg

Burg

Weberzieher

in halbschwer und schwer, von den einfachsten bis zu den elegantesten. Die neuesten Dessins in uni, kariert, gestreift u. schwarz. Hochaparte Fassons in einreihig, zweireihig und Ulferschnitt.

Sämtliche Weberzieher in solider Verarbeitung und mit passenden Zutaten von 12, 15, 18, 22, 26, 30, 33, 36, 39, 42 bis 54 Mt.

Herm. Günsche 5 Scharthauer Straße 5

Burg

Burg

Burg

Heinrich Reinecke Markt 13
empfehlte seine

Schuhwaren

zu billigen, streng festen Preisen, Reparaturen schnell, sauber und billig.

1767

Burg. Burg.

Zur Herbst- und Wintersaison empfehle sämtl. Neuheiten in **Kleiderstoffen**
Große Auswahl in Damen- u. Kinderkonfektion

Otto Pussel

Burg, Scharthauer Straße Nr. 53-54.

Für BURG Herbst und Winter BURG

offeriere ich in den nächsten Tagen:

- Ein Posten Winter-Joppen für Knaben . . . von 2.25 Mt. an
- Ein Posten Winter-Joppen für Jünglinge . . . von 2.95 Mt. an
- Ein Posten Winter-Joppen für Herren . . . von 4.50 Mt. an
- Ein Posten Winter-Paletots für Herren . . . von 10.50 Mt. an
- Ein Posten Winter-Paletots für Knaben . . . von 3.50 Mt. an
- Ein Posten Winter-Pelerinen in all. Größen a. Lager von 4.50 Mt. an
- Ein Posten Herren-Anzüge, eleganter Sitz . . . von 11.00 Mt. an
- Ein Posten Herren-Hosen in allen Farben . . . von 2.50 Mt. an

Arbeiter-Garderoben in größter Auswahl zu enorm billigen Preisen.
Deutsche Herren-Moden Julius Moses
Scharthauer Straße 59, Ecke Böttcherstr.
Spezialgeschäft für fertige Herren- und Knaben-Garderoben. 1759

Burg Walthalla-Theater
Kinematograph

- Heute Freitag: Neues Programm.
- Das Winterfest in Bevey. Riesensfilm, 12 000 aufführende Personen, 120 000 Zuschauer.
 - Die erste Autofahrt. Zum Kot-lachen.
 - Moderne Frauenkopfschmuck. Farblich koloriert.
 - Matbowletanz. Feinsteinderzüge.
 - Die Tochter des Korjen. Drama, fein dirigiert.
 - Josephines Geburtstag. Drauf.
 - Das große Pferdewettrennen zu Auteuil. Beste bis jetzt gemachte Sportaufnahme.
 - Preislettern. Humoristisch.
 - Im Traumlande. Prachtvoll koloriert.
 - Das malerische Juba. Wunder-volle Naturaufnahme.
- Ergebnis:
1766 Otto Wohlfarth, Direktor.

Burg. **Bruno Rettinger, Burg**
22 Markt 22
empfehlte sein reichsortiertes Lager in

Pelz-Kolliers und Stolas
in allen modernen Fertarten zu billigsten Preisen, sowie Hüte und Mützen in großer Auswahl.

Burg. Burg.
Für den Herbst- u. Winterbedarf
empfehle ich in größter Auswahl
Strümpfe, Handschuhe, Normal-Unterzeuge, Jagdwesten, Walkjacken, Sweater, Untertaillen, Zuavenjacken, Kopf- und Taillentücher, Chenille-Schals, Pelz-Kolliers, Garnituren, Kinder-Jäckchen, Mützen.
Häubchen, Kapotten zu allerbilligsten Preisen.
Bazar Siegm. Haagen.

Burg. Burg.
Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Säрге
Saubere Ausführung 1761 Billigste Preise
G. Stollberg, Breiteweg 7.

Burg. **Schuhwaren**
Empfehle sämtliche zu soliden Preisen.
Eigene Reparaturwerkstatt im Hause.

Barthels, Schuhwaren-Geschäft
Scharthauer Straße 1763 gegenüber dem Bismarckplatz.

Burg **sämtliche Sorten Wurst** Burg
Spez.: Burger Hausschlachtwurst
trotz hoher Schweinepreise immer noch zum alten Preise, sowie jeden Morgen warmes Pökelfleisch.
1768 **Fr. Carl Volgt, Fleischermeister.**

Fahrräder v. 65 Mt. Nähmaschinen v. 58 Mt.
an an
sowie Zubehör u. Ersatzteile - Reparaturwerkstatt - empfehlte!
BURG Heine. Schulze, Markt 20 1366 BURG

Burg. **Achtung!** Burg. **Burg, Gr. Brahmstraße 1.**
Meiner werten Kundschaft von Burg und Umgegend bringe meine täglich frisch eintreffenden
Magdeburger Hirte Kaffee
in empfehlende Erinnerung. Von Tausenden Hausfrauen als einziger Kaffee anerkannt. Auch empfehle meine vorzüglichen
Material- und Delikatesswaren.
auf sämtliche Waren gebe 5 Proz. Rabatt und ein elegantes Weihnachtsgeschenk.
1770
W. Böker, Burg, Markt 24.

Burg. **Belohnung!** Burg.
Bringe meine Belohnung in empfehl. Erinnerung.
1368 **W. Lillpob.**
Burg.
Heute geschlachtet.
Schickerlings Roßschlächtere
Schulstraße Nr. 13.

Burg **Frische Wurst** Burg
Heute Freitag
Sonabend und Sonntag
Knoblauchwurst u. Pökelfleisch.
1764 **Karl Jesse.**

Arbeiter-Bildungsausschuß für den Kreis Wanzleben

Vorträge

des Schriftstellers Max Schütte (Berlin).
Freitag den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Julius Ehar in Bemsdorf über: Ferdinand Lassalle.
Sonabend den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Schüge in Al.-Otterleben über: Urgeschichte des Mensch.
Sonntag den 1. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokal der Witwe Hoppe in Bennedenstedt über: Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein.
Montag den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Variels in Salbt über: Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein.
Eintrittskarten zu allen Vorträgen sind bei den Hilfskassieren der Gewerkschaften und auch in den Vortragslokalen zu haben.
Karte 15 Pf. Um zahlreichen Besuch bitten
1745 **Der Bildungsausschuß.**

Schönebeck
Verband der Fabrikarbeiter
Bezirksversammlungen finden statt in:
Schönebeck
Sonabend den 31. Oktober, abends 1/9 Uhr im „Wiener Restaurant“, Königstraße 16
Frohse
Sonntag den 1. November, nachmittags 3 Uhr im Restaurant von Karl Heinemann
Gr.-Salze
Sonabend den 7. November, abends 1/9 Uhr im Restaurant Stadt Hamburg
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Kartellbericht.
3. Verbandsangelegenheiten.
Kollegen, sorgt für guten Versammlungserfolg!
1747 **Die Verwaltung.**

Halberstadt.
Große öffentliche

Wähler-Versammlung
Sonntag, 1. November, nachm. 3 Uhr, im Odem.
Tagesordnung:
Die Stadtverordnetenwahlen.
Referent: Stadtd. **Waldeck Manasse** (Berlin).
Parteilosen, Arbeiter! Bedenkt durch einen zahlreichen Besuch euer Interesse an den Stadtverordnetenwahlen. Erscheint in Massen in dieser Versammlung! - Freie Diskussion wird zugesichert.
1730
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Burg b. M. **Konfektionshaus Gustav Biernath** Burg b. M.
Scharthauer Straße 49 am Bismarckplatz Ecke Magdeburger Straße
Größtes Spezialhaus für moderne Herren- u. Knaben-Bekleidung
Großes Stofflager
Anfertigung nach Maß unter Garantie für tadellofen Sitz
Spezialität:
Berufs- und Arbeitskleidung für alle Gewerke
fertig und nach Maß ohne Preiserhöhung. 1760

Warenhaus Gebr. Barasch

Freitag
Sonnabend
Sonntag

Damen-Putz!

Freitag
Sonnabend
Sonntag

Damenhut 165
moderne Form, mit voller Samt-
garnitur und Nadel 1 Mk.

Frauenhut Toque 265
aus Samt, mit Federn garniert,
in vielen Farben 2 Mk.

Damenhut aparte Form 485
mit reicher Seidengarnitur, in
vielen Farben 4 Mk.

Damenhut große Capelinform 575
mit reicher Taffetlage u. Flügel-
Garnitur 5 Mk.



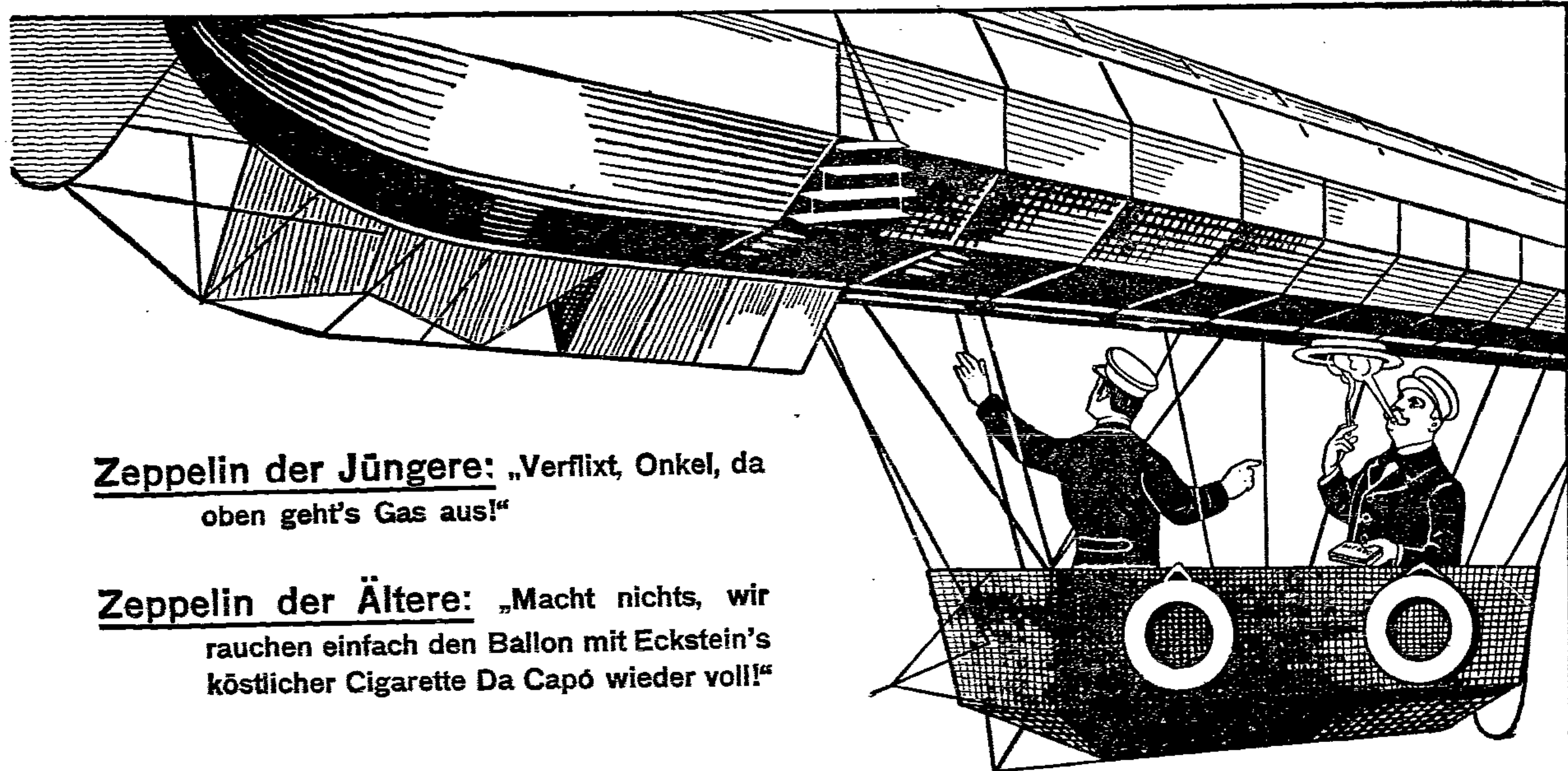
Sporthut „Otero“
mit breiter Seiden- oder Samtband-
Garnitur, weiss und in allen Farben
1.95 2.95 3.50

Damenhut Wippe 725
mit plissierter Seidengarnitur,
Rosetten und Nadel 7 Mk.

Frauenhut Toque 875
aus Spiegelsamt, Fettborte,
Flügel oder Federgarnitur 8 Mk.

Damenhut Rundhut 1000
aparte Form, m. breiter Taffet-,
Samt-, Feder-, Bandeaux- u.
Flügel-Garnitur 10 Mk.

Damenhut Rundhut 1200
aparte grosse Form, m. pliss.
Krepp, Chiffon, Rosetten,
Nadel u. Samtschleife garn. 12 Mk.



Zeppelin der Jüngere: „Verflixt, Onkel, da oben geht's Gas aus!“

Zeppelin der Ältere: „Macht nichts, wir rauchen einfach den Ballon mit Eckstein's köstlicher Cigarette Da Capó wieder voll!“

Eckstein's DA CAPO-Cigaretten

von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

Stück 3, 3½, 4 und 5 Pfg.

Zu haben in Cigarrenhandlungen.



Alle Sorten
Schuhwaren
in den modernsten Formen
Täglicher Eingang von
Neubeiten

Edmund Steinfeldt
Breitweg 165, Ecke Ulrichstraße, Jakobsstraße 38,
Ecke Rotekrebsstraße.
1751

Kinder-
Schuhe
und
-Stiefel

in grösster
Auswahl
in allen
Preislagen



Bildungs-Ausschuss zu Magdeburg.

Montag den 2. November im „Sachsenhof“, Gr. Storchstr. 7, und
Dienstag den 3. November im „Weißen Hirsch“, Neue Neustadt

.. KONZERT ..

unter Mitwirkung der Violinvirtuosin Fräulein Jaga Steins (Breslau) und einer geschätzten Sängerin. Am Klavier Herr Edm. Kitzel (Magdeburg).
Programme à 30 Pf. sind in den Gewerkschaftsbureaus, in der Buchhandlung Volksstimme und an der Kasse zu haben.
Anfang 8 1/2 Uhr. 1739 Rauchen verboten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Große Mühlstraße 3, I. — Fernsprecher 1912.
Sprechstunden nur wochentags am Vormittag von 9 bis 12 Uhr,
am Nachmittag von 5 bis 7 Uhr.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Niederrubelen beim Kollegen Schmidt.
Brauche der Goldarbeiter und Graveure im Sachsenhof, Große Storchstraße 7.

Die Tagesordnung lautet in beiden Versammlungen:
Vortrag, Verbands- resp. Berufsangelegenheiten und
Berichtsbereitungen.
Referenten sind die Kollegen Alb. Winger und Heinz Wunderling.
Wir erwarten zahlreiches Erscheinen. Mit Gruß!
Die Verwaltung.

Im Sterbeanhang ist das Geld 128 zu begeben.

Restaurant zur Freundschaft Helmstedter Straße 38

Neueröffnung am 4. November

Ich bringe hiermit meine neu renovierten Lokalitäten in freundliche Erinnerung zum Abhalten von Hochzeiten und sonstigen Vergnügungen.
Jeden Sonnabend Preisstafel und Preis-Billardspiel, wozu ich meine werthen Gäste, Freunde und Bekannten einlade.
Hochachtungsvoll Heinrich Baermann.

Fr. Buschhausen
Raninchen in großer Auswahl.
Gänse, Suppenhühner
jeweils sämtliches andere Geflügel billigst.
757

Hochmuths Restaur. Marienstr. 13.
Freitag, abends 7.46
Grosses Preisschiessen.

Kleine Schulstraße 4
helle Werkstatt sei zu vermieten.

Barleben.

Als Hauschlächter empfiehlt sich Hermann Ziesener, Barleben, Bürger Straße, 1672
Suchen zum baldigen Austritt einen jungen Burichen

Suchen zum baldigen Austritt einen jungen Burichen

Molkerei-Genossenschaft Zuchau
bei Kalbe a. S.
Wegener, Betriebsleiter.

Stadt-Theater.

Freitag den 30. Oktober 1908
Madame Butterfly.
Sonnabend den 31. Oktober 1908
Der gute Ton.

Wilhelm-Theater

Freitag den 30. Oktober 1908
Großer durchschlagender Erfolg!
Der fidele Bauer.
Annahmtr. Fräulein Baumgarten.

Fermersleben.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß Dienstag früh 7 Uhr mein innigstgeliebter Mann, unser guter, sorgsamer Vater, der Zigarrenmacher

Lebrecht Dittmar

nach langem, schwerem Leiden einschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetäubt an die trauernde Wittwe
Frieda Dittmar u. Kinder.
Die Beerdigung findet Freitag nachm. 4 Uhr von der Kapelle aus statt. 752

Frieda Dittmar u. Kinder.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 4 Uhr von der Kapelle aus statt.

Sozialdem. Verein Fermersleben

Nachruf 1753
Am Dienstag den 20. d. Ms. starb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied, der Zigarrenmacher

Lebrecht Dittmar

im 43. Lebensjahre. Derselbe war ein treues Mitglied unseres Vereins. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Fermersleber Friedhofs aus statt.
Die Ortsgruppenleitung.

Nachruf.

Am Dienstag morgen starb nach schwerem Leiden unser Mitglied

Lebrecht Dittmar

Wir verlieren in demselben ein treues Mitglied, welches selbst noch während seiner Krankheit reges Interesse für unsere Verein zeigte. 1754
Gibt seinem Andenken!

Männerverein Fermersleben

Am Dienstag morgen starb nach schwerem Leiden unser Mitglied

Lehrlinge

Sucht sofort und später für Schlosser, Schleifer, Gärtner, Friseur, Bäcker u. Klempner, Schriftsetzer, Sattler, Schlosser, Schmied, Schneider, Schuhmacher, Schneider, Zimmerer, Maler, Müller, Fleischer unter jeglicher Bedingung. Besondere Eignung für Margarete Lechner. 1756

3 billige Tage!

Freitag, Sonnabend und Sonntag verkaufe
Rindfleisch Schmorstück Pfd. 70 Pf., Kochfleisch 60 Pf.
Schweinefleisch von allen Stücken Pfd. 70 Pf.
Kalbfleisch von nur größeren Kälbern Pfd. 50—70 Pf.

Th. Berkholz, Fischlerkrugstr. 17
drittes Haus von der Jakobstraße.

Schenerpulver Berolina

garantiert sandfrei
à Pfund 15 Pfennig
zu haben im 649
Konsumverein für Magdeburg
und
Konsumverein Blene, Schönebeck.

ff. Kalbfleisch

Keule, Rücken, Nierenstück } à Pfd. 50 Pf.
von 50 an

la. Schweinefleisch: la. Ochsenfleisch:
Schinken } à Pfund 75 Pf.
Raden } à Pfund 65 Pf.
Karbonade }
Schmerfleisch } à Pfund 70—75 Pf.
Kochfleisch }
Suppenfleisch } 55—60 Pf.

Große Buschhausen, der große Braten nur 2.50 Mk.
300 wilde Kaninchen Stück von 50 Pf. an
Wildfleisch zum Braten Pfd. 50—60 Pf.
Wildragoutfleisch Pfd. 25 Pf. Hasengekröse.
Zartes Wildschwein Pfund von 30 Pf. an.
Fette Junge Gänse Pfund 75 Pf. 1773

R. Bosse Große Marktstraße 20

Männer-Gesang-Verein Alte Neustadt

Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes — Vereinslokal: Kraus
feiert am Sonnabend den 31. Oktober im Geschäftshaus
Zur Krone, Moldenstraße 43/45, sein diesjähriges

Herbst-Vergnügen

bestehend aus Gesangskonzert und Ball
unter geistl. Mitwirkung des Arb.-Sch.-V. Einigkeit (Magdeburg).
Für Unterhaltung während der Kaffeepause ist gesorgt.
Parteigenossen, Freunde und Gönner unseres Vereins sind,
durch unsere Mitglieder eingeführt, hiermit freundlich eingeladen,
und bemerken wir noch, daß das Vergnügen Punkt 8 1/2 Uhr
seinen Anfang nimmt. 1771

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.
Bureau: Große Storchstraße 7, I.

Versammlungen tagen:

Am Sonnabend den 31. Oktober, abends 8 Uhr
Bezirk Fermersleben-Salbe-Westerhüsen bei Herrn
August Bartels in Salbe
Bezirk Barleben-Wolmirstedt im Gewerkschafts-
haus Barleben
Bezirk Otzenstedt bei Herrn Frohne
Bezirk Groß-Ottersleben bei Herrn Achilles,
Große Schulstraße 2.
Tagesordnung:

1. Beratung von Anträgen zur Generalversammlung. 2. Ber-
handlungsgegenstände und Berichtsbereit.
In Sonntag den 1. November, vormittags 11 Uhr
Ordentl. Generalversammlung
pro 3. Quartal 1908
im „Sachsenhof“, Große Storchstraße 7.
Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. 2. Berichtsbereit über die
Angelegenheiten-Unterstützung. 3. Berichtsbereit.
In Anbetracht der überaus wichtigen Fragen wird ein voll-
ständiges und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Stephanshallen
1337 Dir. Rich. Froberg
Abends 8 Uhr
Varieté-Vorstellung
Streng dezentes Programm
für Familien-Publikum

Buckau, Marienstraße 14
Sonnabend, abends 8 Uhr
Großer Preis-Skat
Gänge — Gaste — Dajen usw.
Ergebnis ladet ein 758
Max Schumann.

Walhalla-Theater
Nur noch 2 Tage!
Das großartige Oktober-
Programm u. vorzügliches
Gastspiel der indischen Bar-
tubänzerin Saffira Pradjah
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Buckau, Feldstraße 53
Sonnabend, abends 8 Uhr
Großer Preis-Schießen.
Frdl. ladet ein 1. Womiger.

Eldorado
Gr. Zanderstraße 12.
Täglich nachm. 4 u. abds. 8 Uhr
Varieté-Vorstellung

Westerhüsen.
Sonnabend
Gr. Preis-Skat
Es ladet freundlichst ein
Albert Schütze (Königliches Restaurant)

**ZENTRAL-
THEATER.**

Nur noch
heute und morgen:
Konsul
Peter
der menschliche Affe
das größte Phänomen des
20. Jahrhunderts.

Morgen Sonnabend:
2 Große Abschieds-
Vorstellungen
Nachmittags 3 1/2 Uhr
Lebtes Nachmittags-Inf-
terien des
Konsul
Peter
Lebliches Nachmittags-Bräu.

Abends 8 Uhr
Gala-Abend!
Abschieds-Vorstellung
Konsul Peter
und des Schlußprogramms.

Mögen dieses und noch manches andre unsere Stadtväter in Augenschein nehmen, genau prüfen und im Interesse des Allgemeinwohls für Abhilfe sorgen. Freilich ist ja von einer rein bürgerlichen Stadtvertretung, die mit allerlei Nebensachen rechnet, nicht zu erwarten, daß sie sich als Mannen und Frauen in der Arbeit erweist. Erst müssen die Arbeiter den Einfluß im Stadtparlament zu vergrößern bemüht sein, bestehend aus einer Anzahl von Männern festen Charakters, frei von allem Kastengeist und Klassenbündel, der in unsrer von Beamten und Staatsarbeitern so reich besetzten Stadt, vielleicht nur weil es das System so will, besonders hart ausgeprägt ist. Dann erst werden auch die vielen andern nötigen Aufgaben mit Erfolg behandelt werden können. —

Tangermünde.

Die sozialdemokratische Partei in unserm Orte nahm den ersten Anstoß zur Eroberung einiger Stadtverordnetenmandate bei den Wahlen im Jahre 1906. Mit großer Majorität, und zwar gleich im ersten Wahlgang, fielen auch den Sozialdemokraten die drei Sitze der 3. Abteilung zu. Das war um so mehr erfreulich, als es großer Opfer an Zeit und Geduld seitens der Genossen bedurfte und da es galt, gegen den tonangebenden Einfluß des großindustriellen Zuckersbarons und gegen die Herrschaft des Spießbürgertums energisch Front zu machen. Wenn auch die praktischen Erfolge der bisherigen Tätigkeit unsrer Genossen im Stadtparlament noch keine sehr großen sind, so lag das in der Hauptsache daran, daß fast alle sozialdemokratischen Anträge von den bürgerlichen Stadtverordneten niedergestimmt wurden,

wohl weniger aus Ueberzeugung, da sie die Ansichten und Anregungen im großen und ganzen als berechtigt anerkennen mußten, als deswegen, weil ihnen der Mut fehlte, ihre Ansicht auch durch eine Abstimmung zu dokumentieren.

Das hiesige Stadtparlament besteht zum übergroßen Teil aus Gewerbetreibenden, welche bei Lieferungen für die örtlichen Institute sowie bei Bauten mit wenigen Ausnahmen als Lieferanten auf der Bildfläche erscheinen. Um hier Wandel zu schaffen, ist es Aufgabe der Arbeiter und Parteigenossen, am 9. November für die sozialdemokratischen Kandidaten abzugeben. Dem Stadtparlament stehen wichtige Arbeiten bevor. Das Elektrizitätswerk, welches so lange von der Firma Fr. Meyers Söhne den Strom bezog, ist jetzt in eigne Regie übernommen worden. Auch das Wasserwerk wird in Kürze von der Stadt selbst betrieben werden. Die Zahl der von der Kommune beschäftigten Arbeiter wird mithin eine bedeutend größere werden; ihre berechtigten Interessen werden nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten vertreten, da von bürgerlicher Seite in dieser Beziehung absolut nichts zu erwarten ist. Man könnte auf diesem Gebiet noch sehr viel anführen, jedoch wird es viel zu weit führen, wollte man auf jede einzelne Sache eingehen.

Wir rufen also unsere Parteigenossen zu, bei den demnächst stattfindenden Volksversammlungen recht zahlreich zu erscheinen, weil dort noch mündlicher Bericht über die Tätigkeit in ausführlicher Weise erstattet wird. Gleichzeitig sei noch allen Parteigenossen nahegelegt, die öffentlichen Stadtverordnetenitzungen, soweit es ihre freie Zeit erlaubt, zu besuchen. Bei der Wahl

aber müssen alle Arbeiter für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen! —

Diese Ueberflachten zeigen eine Fülle von Aufgaben, die der städtischen Körperschaften harren. Sie zeigen aber auch, daß es der emsigen Mitarbeit der sozialdemokratischen Vertreter bedürfen wird, wenn wirklich Gutes erreicht werden soll. Die Sozialdemokraten müssen der treibende Keil in der Stadtverordneten-Versammlung sein. Ohne sie ist die Gefahr groß, daß keine Fortschritte erzielt werden. Und Stillstand bedeutet Rückschritt! Es gilt darum, den Einfluß der Sozialdemokratie zu stärken, die Zahl ihrer Vertreter zu erhöhen! Mit ganz besonderm Eifer muß in den Orten für die Wahl von Sozialdemokraten agitiert werden, in denen es bisher dem Bürgertum noch gelang, unsre Genossen vom Rathaus fernzuhalten! Es muß alles darangesetzt werden, daß in jeder Stadt unsres Regierungsbezirks auch die Sozialdemokratie in den Stadtparlamenten zu Worte kommt!

An die Arbeit!

Stadtverordnetenwähler! Wählt sozialdemokratisch!

Arbeiter von Magdeburg!

Wir schlagen als Kandidaten vor für den Wahlbezirk

Magdeburg-Mtstadt:

1. **Gastwirt Karl Lankau**
2. **Gastwirt Gustav Böhme**
3. **Kontrollenr Ernst Richert**
4. **Gewerkschaftsbeamter Louis Hähnsen**
5. **Expeditent Hermann Giesecke**

Sudenburg:

Restaurateur Albert Vater

Neustadt:

Restaurateur Oskar Kleine

Arbeiter! Parteigenossen! Die Stadtverordnetenwahlen erfordern diesmal die **Ausspannung aller Kräfte**, wenn gegenüber dem Ansturm der bürgerlichen Rathhausparteien die Vertretung der Arbeiterschaft in gleicher Zahl erhalten und wenn möglich **verstärkt** werden soll. Deshalb fordern wir euch auf, bis zum Tage der Wahl eifrig zu agitieren, damit die Liste der sozialdemokratischen Kandidaten mit großer Mehrheit siegt!

Auf zum Kampf und zum Erfolge!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg.